

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

22 (27.1.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Preis: halbjährlich 1.15 M. mit 1 M. ohne Zustellung. Einzelheft 10 P., Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 28 P., zweisp. 1. M. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Postzeit. Karlsruhe 2650.

Ausgabe: werktags mittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481

Schriftleitung: Georg Schäfflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Rabel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der schwarz-blaue Kuhhandel

Pofflicher Tanz der Deutschnationalen um die neuen Richtlinien

Berlin, 26. Jan. Die Besprechungen zwischen Dr. Marx, Stresemann und Dr. Brauns mit Vertrauensmännern des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei waren kurz vor 2 Uhr beendet. Ueber das Ergebnis erzählt das Nachrichtenbüro im allgemeinen, daß ein sachlicher Abschluß über die Richtlinien des Regierungsprogramms erzielt ist. Diese Richtlinien werden nunmehr den Fraktionen, auch den Demokraten, vorgelegt werden. Personenfragen sind noch nicht erörtert worden. Darüber wird heute Abend verhandelt werden.

Berlin, 26. Jan. (Eig. Draht). Die neue Regierung steht noch nicht fest, aber das Fundament ist gelegt. Die Parteien, die sie bilden sollen, haben sich über Programm und Richtlinien geeinigt, zu erheben ist noch die Bereinigung der Ministerliste. Sie wird trotz der sehr weitgehenden Ansprüche der Deutschnationalen zweifellos bald vollzogen sein.

Marx sieht sich also wieder an der Spitze eines Kabinetts. Ob er wohl eine starke und reifliche innere Befriedigung empfinden wird. Er hat einen Sieg errungen, jedoch im wesentlichen einen Sieg über sich selbst. Er hat mit seinem besten Ich gekämpft und dabei die Oberhand behalten: „Sich selbst besiegen ist der schönste Sieg“, so heißt es in dem Gedicht vom christlichen Jüngling. Aber der christliche Jüngling vom Rhein wird es vielleicht doch etwas peinlich empfinden, wenn er heute anbietet, was er vor ein paar Wochen noch verbannt hat, daß er sich heute zum Führer einer Regierungskoalition auszuweisen läßt, von der er noch vor kurzem versichert, sie werde ihn nie an ihrer Spitze sehen. Natürlich hat er Rechtfertigungsgründe, und der stärkste ist der, daß er Schlimmeres habe verhindern müssen. Indessen, wenn hat diese Ausflucht gemangelt, der sich genötigt glaubte, aus logenannanten staatspolitischen Erwägungen heraus seine bessere Ueberzeugung zum Opfer zu bringen?

Und ob der andere Sieger, Herr Schöler, wohl so ganz glücklich sein wird? Er ist am Ziel seiner Wünsche angelangt. Dieser Heiratsvermittler des Bürgerblocks sieht sein Werk vollendet, nur hat er und seine Freunde, noch bevor der Ehevertrag unterschrieben wurde, schon ein Haar in dieser Gemeinschaft gefunden. — Ihnen ist der katholische Auktus, der bei der Trauung angewandt wird, höchst unangenehm. Sie vermuten, daß Zentrum und Deutschnationale hinter dem volksparteilichen Rücken Abreden getroffen haben, und sie empfinden starke Besorgnis vor den kulturpolitischen Folgen. Sie haben sich auf ihre antikerliche Ueberlieferung besonnen und Herr Stresemann insbesondere hat in den letzten Tagen sein liberales Herz entsetzt. Es heißt, sie wollen die Mitwirkung der Kirchenfürsten an der Annäherung zwischen Deutschnationalen und Zentrum offenkundig nachweisen. Aber auch wenn dieser Versuch nicht gemacht wird, oder wenn er gelingen sollte: Die Partei, die am eifrigsten und am rücksichtslosesten für den Zusammenschluß des bestehenden Bürgerblocks gearbeitet hat, befindet sich heute schon in einer Art von Katerstimmung. Man geht an die gemeinsame Tätigkeit mit Mißtrauen im Herzen.

Nun Graf Westarp, der dritte der Sieger! Er hat es erreicht, daß seiner Partei die Türen der Regierung geöffnet werden. Jedoch um welchen Preis! Wir sind weit davon entfernt, die praktische Bedeutung der Richtlinien zu überschätzen, auf die man sich geeinigt hat. Wir sind überzeugt, daß es für die Deutschnationalen nur Worte sind, nichts als Worte, und daß sie in dem Augenblick, wo sie die Unterschrift leisten, den inneren Vorbehalt gemacht haben. Aber auch ein Lippenbekenntnis bei solchen Gelegenheiten ist nicht ohne Belang. Die Deutschnationalen verpflichteten sich zur Fortführung der friedlichen Verständigung mit den anderen Nationen. Sie erkennen die innere und völkerrechtliche Gültigkeit der Verträge von Locarno an. Sie finden sich mit der loyalen Mitarbeit im Völkerbunde ab. Sie gestehen die Rechtmäßigkeit der Weimarer Verfassung an, desgleichen die Notwendigkeit ihres Schutzes. Sie anerkennen ihre Hoheitsrechte, sie erklären sich bereit, die Verfassung gegen alle Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe zu schützen. Sie unterlagen den Beamten die Teilnahme an Vereinigungen, die den Umsturz der Verfassung antreiben. Das alles steht einstellend nur auf dem Papier. Aber das Papier wird von den Anhängern draußen im Lande gelesen und den Drahtziehern in Berlin wird es nicht ganz leicht sein, den einfachen Gemütern klar zu machen, daß alle diese Zugeständnisse in der Praxis auslegungsfähig seien. Vorläufig gilt das unterzeichnete Programm, und alle die Deutschnationalen, die die Urheber der Weimarer Verfassung als „Novemberverbrecher“ zu brandmarken pflegen, die die Reichsflagge schmähen, die Herrn Stresemann des „Landesverrates“ beschuldigen, die nach wie vor „Reichsfrankreich“ schlagend wollen, die bei allen Gelegenheiten ihre Treue zur

Monarchie bekunden, — sie alle werden stark in Verwirrung geraten. Graf Westarp wird sich nicht wundern können, wenn bei eigener Trost draußen unsere Feststellung glaubt, daß er und die Seinigen in ihrer Sehnsucht nach der Futtertrippe, bevor der Bahn zweimal krähte, dreimal ihre Ueberzeugung verleugnet haben. Vorläufig natürlich — um es immer wieder zu sagen — nur auf dem Papier. Niemand wird uns die Naivität zumuten wollen, von der inneren Umwandlung der Monarchisten und Nationalisten überzeugt zu sein. So schnell und so plötzlich pflegen sich Belehrungen nur bei Hysterikern zu vollziehen, und wir täten den Deutschnationalen Unrecht, wollten wir sie in Bausch und Bogen in diese Kategorie einreihen. Sie hoffen, daß sich alles finden wird, wenn sie erst einmal mit am Steuer stehen. Die Wirklichkeit wird immer stärker sein als das Protokoll. Dann aber laßt auf den Portefeuillejägern der Vorwurf der Heuchelei.

Daß für diese Dinge dem Zentrum das Verständnis fehlt, darin liegt eben die große Schuld dieser Partei. Es glaubt nicht an die Ehrlichkeit der Deutschnationalen und sieht sich doch mit ihnen an einen Tisch. Man sieht Richtlinien auf, und diese sollen eine Beruhigung für ihre Anhänger sein. Sie haben ihrem linken Flügel erlaubt Trompetenzüge gegen die Rechtskoalition zu vollführen, während sie innerlich schon absolut entschlossen und bereit war diese Rechtskoalition zu bilden. Man wird den Eindruck nicht los, daß ihr die ultimative Forderung des Reichspräsidenten recht gelegen gekommen ist. Sie fühlt sich auf diese Weise der Notwendigkeit überhoben, in einen wirklichen und ernsthaften Kampf für eine wirkliche und ernsthafte republikanische Regierung einzutreten.

Ueber unsere Stellung zu dieser neuen Auflage des schwarz-blauen Blocks brauchen wir nichts zu sagen. Die Opposition ist für uns gegeben und wir werden sie mit Eifer und Geschick zu führen haben. Nicht der Wortlaut der Regierungserklärung ist für uns letzten Endes maßgebend, sondern die politische Erfahrung, die wir mit den Parteien der Koalition gemacht haben. Es mag hier und da noch den einen oder anderen geben, der mit der Politik der Partei in den letzten Monaten nicht einverstanden ist. Wir wollen uns in diesem Augenblick nicht bemühen, ihn nochmals seines Irrtums zu überführen. Aber auch der schärfste Kritiker muß erkennen, daß die Situation für die Sozialdemokratie sich außerordentlich günstig gestaltet hat. Wir sehen uns in einem Kabinett gegenüber, dessen reaktionäre Tendenz nicht bezweifelt werden kann und das gleichzeitig an schweren inneren Gegensätzen und Widersprüchen leidet. Gegen dieses Gebilde den Kampf zu führen, muß eine Freude sein, verbinden wir ihn mit Energie und Klugheit, so muß es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht die sogenannten Sieger von heute die Besiegten und Niedergerittenen von morgen sein dürften.

Die Richtlinien

Berlin, 26. Jan. (Eig. Draht). Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik, wie sie von dem Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeitet und von den deutschnationalen Unterhändlern angenommen worden sind, haben folgenden Wortlaut:

- Außenpolitik:** Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger Friedensverständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno. Loyal gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbunde.
- Verfassung:** Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsorgane (Art. 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabwürdigenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorzuehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßigen gemäßlichen Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.
- Reichswehr:** Bezüglich der Reichswehr wird der eutsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt. 1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen. 2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrverbände aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten. 3. Es wird eine Rekrutierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß keine verfassungswidrigen Personen im Sinne der Ziff. 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.
- Kulturfragen:** Es ist angeordnet: Erlass eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gemeinschaftlichkeit und des Elternrechtes. Grundständige Gleichstellung der im Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten. Sicherung des Religionsunterrichtes. (Art. 149.)

5. **Sozialpolitik:** Tatkräftige Förderung der Sozialreform. Ausbau und Vervollendung des Arbeitsrechts. Der nächste Schritt auf diesem Gebiet soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung, unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter, sein. Dabei ist, ausgehend von den deutschen Verhältnissen, die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens, gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Uebernahme- und Notmaßnahmen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeitszeit verbessert werden. Die im Art. 105 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustande gekommenen Einigung weiter auszubauen. Schließlich kommt noch die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Vervollendung der Sozialversicherung soll nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungsweize bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden. Für die Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen. Entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckmäßigen Mitteln und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenhang mit dem Internationalen Arbeitsamt zu fördern.

Sie Futtertrippe — Sie Richtlinien

Dilemma der Deutschnationalen

Berlin, 27. Jan. (Grunddienst). Am Mittwochabend wurde von der Reichskanzlei aus amtlich mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Parteiführer über die Bildung eines Bürgerblocks durch die Zustimmung der Verhandlungspartner einen „Abschluß“ gefunden habe. Das war um 8 Uhr abends. Inzwischen tagte die deutschnationale Reichstagsfraktion und als sie ihre stürmische Sitzung gegen 9 Uhr abends beendet hatte, ließ sie in einem parteioffiziösen Kommuniqué erklären, daß die mit ihren Führern vereinbarten Richtlinien nur als Grundlagen eines Regierungsprogramms zu gelten haben und bisher von den Parteiführern nicht endgültig anerkannt worden sind. Dieser Widerspruch zwischen der amtlichen Mitteilung aus der Reichskanzlei und der deutschnationalen Verhandlung ist auf die frühzeitige Veröffentlichung der Richtlinien zurückzuführen. Er zeigt, daß im Anfang des Bürgerblocks eine große Wunde steht, als deren Urheber die deutschnationale Reichstagsfraktion zu betrachten ist.

Die frühzeitige Veröffentlichung der Richtlinien hat in der Tat ihre Wirkung nicht verfehlt. Ein Teil der deutschnationalen Presse schämt sich ihrer, ja der „Vollstänke“ wagt nicht einmal den Verkauf der bisherigen deutschnationalen Grundfäse gegen mehrere Ministerposten überhaupt zur Kenntnis seiner Leser zu bringen. Dieses Hugenbergische Organ schweigt sich vollkommen aus, als ob Richtlinien mit einer Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung und ihrer Symbole durch die Deutschnationalen nicht beständen, während die übrige Reichspresse zwar von den „Richtlinien“ spricht, aber sich ebenfalls hütet, zu ihnen sachlich Stellung zu nehmen, oder sie wenigstens in ihrem Inhalt wiederzugeben. Eine Ausnahme bildet die „Deutsche Zeitung“, die infolge der Veröffentlichung von einer „Verwirrung der Laue“ spricht und erklärt, daß der Zweck der Veröffentlichungen erreicht sei, indem nunmehr wahrheitsgemäß „eine Einigung auf der Grundlage der Richtlinien“ verbündet wird. Angeblich sollen die Deutschnationalen jetzt nicht mehr bereit sein, die Verhandlungen in der bisherigen Art weiterzuführen“ und dem geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx soll nach der gleichen Quelle noch im Laufe des heutigen Tages von den deutschnationalen Unterhändlern erklärt werden, daß man für die neuen Regierung neue Grundlagen werde suchen müssen, wenn sie zustandekommen soll. Von alledem verlautbart die weniger extreme Reichspresse nichts. Sie stellt die Dinge im Gegenteil so hin, als ob heute lediglich noch die personelle Frage über die Zusammenstellung des Kabinetts erledigt werden sollte und erweckt den Eindruck, daß trotz der ihr gegenüber beantragten „Aloofität“ der Besitzbückerblock unmittelbar in Erscheinung treten wird.

Es wird sich im Laufe des heutigen Tages erweisen, wer von der Reichspresse die Wahrheit sagt, und wer richtig informiert war. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die frühzeitige Veröffentlichung der Richtlinien in der deutschnationalen Reichstagsfraktion wie eine Bombe einschlagen hat und insbesondere der rechte Flügel sich gegen die Annahme bis aufs äußerste mit Händen und Füßen wehrt. Es dürfte der Meinung des Flügels entsprechen, wenn die „Deutsche Zeitung“ heute zum Ausdruck bringt, „daß die Richtlinien in der vorliegenden Form und in ihrem Wortlaut eine Unmöglichkeit darstellen“. Aber andererseits gibt es innerhalb der deutschnationalen Fraktion wieder Kräfte, die zu viel weitreichenderen Zugeständnissen als in den Richtlinien zum Ausdruck kommt, bereit gewesen wären und entschlossen sind, für ein paar Ministerien mindestens auf dem Papier icken Grundfäse zu opfern. Es nützt für sie von „Amts wegen“ die ländig zurückgehende Rechtsbeweuna zu fördern und so weit das möglich ist vor allen Dingen finanzuell zu kräftigen.

Vor allem dürfte das heutige Kommuniqué der Germania“ zu den Richtlinien die unbedingt zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen den verhandelnden Parteien im günstigen Sinne beeinflussen. Das Blatt erklärt ganz eindeutig, daß es

sich nicht, wie die Deutschnationalen behaupten, bei den Richtlinien um die „Grundlage einzelner Punkte des Regierungsprogramms“ handeln kann, sondern daß es sich in der Tat um die Richtlinien der Regierungserklärung handelt und um nichts anderes. In seinen weiteren Ausführungen reitet das Blatt dann eine Klage gegen die Deutschnationalen und spricht von einem „Wendepunkt“ in der Geschichte dieser Partei. Die Deutschnationale Partei vollziehe mit der Anerkennung der Letztjahre eine vollkommene Schwertung in ihrer Politik. Am Tage vor Kaisers Geburtstag habe sie ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Republik abgelegt und den Schutz der republikanischen Verfassung und ihrer schwarz-rot-goldenen Fahne garantiert. Gründlicher habe wohl noch keine Partei umgelernt wie in diesen Tagen die Deutschnationale Partei. Aus den Bekämpfern der Weimarer Verfassung und den Verächtern der schwarz-rot-goldenen Farben seien über Nacht Verteidiger der gleichen Verfassung geworden. Gewiß, erklärt das führende Zentrumsblatt u. a., handelt es sich vorläufig nur um feierliche Erklärungen, aber dennoch stehe die Deutschnationale Partei im Begriff von ihrer bisherigen Politik Abschied zu nehmen.

In ähnlichem Sinne spricht das „Berliner Tageblatt“ von einem „landwärtigen Tod“ und schreibt: „Weshalb ein Gegensatz zwischen den Erklärungen, die Graf Westarp mit seinen Freunden unterzeichnet hat und den Kundgebungen, die Graf Westarp mit seinen Freunden bisher Tag für Tag erlassen hat und die am heutigen Tag auch nach Doorn gelangen werden. Vor acht Tagen erst forderte Graf Westarp in einer großen Versammlung die Wiederkehr der Monarchie. Jetzt soll er die Republik anerkennen, soll gleichzeitig die Verfassung einlegen, eine Verfassungsänderung nur dann zu beantragen, wenn ihm das Zentrum zusammen mit den übrigen Verfassungsparteien die Erlaubnis dazu gibt.“

Alle diese Ausführungen werden auf den Gang der heutigen Verhandlungen sicher einwirken. Auch wir verkennen andererseits nicht den Unterschied zwischen den deutschnationalen Erklärungen von ebemals und ihre Zustimmung zu den letzten Richtlinien. Aber dieser Unterschied besteht vorläufig nur auf dem Papier, und daß er nicht Wirklichkeit ist, zeigt die heutige Rechtsprechung. Aus Anlaß des Geburtstages des Fürstbischöflichen von Doorn. Gewiß, sind der „Volksanzeiger“ und die „Deutsche Tageszeitung“ seine aemula, trotz gegenteiliger Heberzeugung ihm ehemaligen Brotherrn öffentlich seinen Glückwunsch zu senden, aber die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp feiert den „obersten Kriegsherrn“, der während der schwersten Stunde sein Vaterland schmählich im Stiche gelassen hat, während Soldaten, die zu gleicher Zeit desertierten, noch hingerichtet wurden, auch diesmal wieder in aller Ausführlichkeit. Das Blatt, an dessen Kopf die Worte verzeichnet sind: „Mit Gott für König und Vaterland“, biliet sich dagegen, im gleichen Augenblick ein offenes Bekenntnis zur Monarchie abzulegen. Das könnte zur Not die so stark erlebten Ministerliche Kosten.

Im Gegensatz hierzu nimmt die ebenfalls deutschnationale „Deutsche Zeitung“ auf den Drang der Partei nach der Forderung keine Rücksicht. Sie ruft aus „heil dem Kaiser“ und laßt dann, „Reichsdienst ist Dienst am Vaterland, getreu diesem Dienste gilt es mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß das Kaiserthum wiederkehre.“

Dieser Ausdruck der wirklichen Heberzeugung mutet immer noch würdiger an, als die eckhafte Manier der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die wegen ein paar Ministerposten äußerlich alles abschwert, was ihr bisher annehmlich heilig war und in Wirklichkeit doch aus ihrer schmutzigen Haut nicht herauskam.

Einwendungen der Demokraten

Berlin, 26. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwoch abend einsehend mit den Richtlinien des Reichstanzlers, führte aber die Beratungen noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstag vormittag. Jedoch wurde, wie das Nachrichtenbüro des W.D. hört, der Fraktionsvorsitzende Koch beauftragt, bereits am Donnerstag vormittag dem Reichstanzler mitzuteilen, daß die parlamentarische Seite der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Ein konfessionelles Schulgesetz könnten die Demokraten nicht mitmachen. Dem Kanzler soll weiter mitgeteilt werden, daß die Demokraten die Sicherung einer exportfördernden Handelsvertragspolitik verlangen, sowie die energische Förderung der Stützungsökonomie durch das Reich.

Die Reparationslasten

Berlin, 26. Jan. (Eig. Bericht.) Aus dem Bericht des Generalagenten für Reparationsabläufe ergibt sich, daß die Leistungen der dritten Jahresabteilung Deutschlands in Höhe von 1 1/2 Milliarden Reichsmark sich auf die einzelnen Länder wie folgt verteilen: Frankreich rund 741 Millionen, davon 584 Millionen für Reparationen, 110 für laufende Besatzungskosten und 14 Millionen für rückständige Besatzungskosten, Belgien bekommt 26 Millionen an Kriegsschulden und 7 Millionen an Restitutions. England erhält 304 Millionen Reichsmark. Darin sind enthalten u. a. 245 Millionen für Reparationen, 25 Millionen für laufende und annähernd 11 Millionen für rückständige Besatzungskosten. Italien erhält rund 96 Millionen und Belgien rund 84 Millionen Reichsmark. Von den Summen, die an Belgien geschickt werden müssen, entfallen 47 Millionen auf Reparationen, 34 Millionen auf Restitutions und 35 Millionen auf laufende Besatzungskosten. Jugoslawien erhält 47 Millionen, die Vereinigten Staaten von Amerika 79 Millionen Reichsmark. Davon sind allein 55 Millionen rückständige Besatzungskosten. In der Reihenfolge der Reparationsabläufe folgen alsdann: Rumänien mit rund 32 Millionen, Japan mit 8 Millionen, Portugal mit 8 Millionen und Griechenland mit 4 Millionen Reichsmark. Polen erhält für Restitutions 203 000 M.

Anstandsurlaub des Oberpräsidenten Koste

Hannover, 26. Jan. Oberpräsident Koste hat heute von Hamburg aus eine Reise nach Westindien angetreten. Als sein Vertreter führt Vizepräsident Dr. Krieger die Geschäfte.

Sind das Republikaner

Dr. Luther ist bekanntlich von seiner Weltreise zurückgekommen und hält nun in den größeren deutschen Städten Vorträge über den Erfolg seiner Reise. So behauptet er auch, daß er durch seine Fahrten eine größere Menge Aufträge für die deutsche Industrie herbeigebraht habe. Auch in Berlin hat Herr Hans Luther gesprochen und zwar vor ungefähr 2000 Menschen. Anwesend waren u. a. der geschäftsführende Reichstanzler, fast sämtliche Reichsminister und ein Prinzlein, nämlich Oskar von Preußen. Den Vorsitz dieser illustren Versammlung hatte der ehemalige Vizepräsident der Reichsbank Dr. Glaser inne. Dieser

Mann hielt es für richtig, seine begrüßenden Worte folgendermaßen einzuleiten: „Eure Königlich Hoheit, Herr Reichstanzler, meine Herren Minister!“

Rangordnung muß sein! Kann man es Herrn Glaser nicht verübeln? Nein, aber merkwürdig muß man es doch finden, daß die republikanischen Minister nicht die Konsequenz aus dieser Desavouierung gezogen haben. Sind das auch Republikaner?

Ein Schauspiel für Götter

bieten die deutschnationalen Abgeordneten des Preussischen Landtages. Ihre Fraktion ist 100 Mitglieder stark; davon haben sich 96 und schreiben 96 zusammengefaßt und einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem beantragt wird, die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926, durch die die nicht mit einer Wohnung verbundenen gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen werden, im Einklang mit der Reichsregierung zu mildern. Man verlangt eine Ergründung der Verordnung, durch die die Gewerbetreibenden vor einer strengen Mietsbewachung geschützt werden.

Dieselben Herrschaften also, die jahrelang sich mit der Forderung auf Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft förmlich heiser geschrien haben, schreien jetzt, nachdem der Wohlfahrtsminister ihnen zum Teil ihren Willen getan hat, Feter und Morbio. Die Lockerung der Zwangswirtschaft, so lägen die betriebliehen Vorgesetzten, hat eine Anzahl von Hauseigentümern veranlaßt, sofort mit Miethingungen vorzugehen, was die Erreichung von Mieten, die in keinem Verhältnis zu den berechtigten Forderungen des Hausbesitzes stehen. Die Dramatik dieser Hausbesitzer aber stehen dem verantwortungsvollen Treiben dieser Elemente maßlos gegenüber. „Höte, ach, ihr hohen Götter!“

Die Arbeiter unter der faschistischen Diktatur

Die „Charte der Arbeit“

Aus Mailand wird berichtet: Trotz aller Gewalttaten, Unterdrückungen und Verbrechen ist ein großer Teil der italienischen Arbeiter, besonders in den Großstädten, nicht den sogenannten faschistischen „Gewerkschaften“ beigetreten oder es ist ihnen erlaubt, sich von der Zahlung der sehr hohen Gewerkschaftsbeiträge zu drücken. So kam es, daß das ganze Heer der Gewerkschaftsfunktionäre, das sie auf die Beiträge der Organisierten nicht rechnen konnten, auf Kosten der Zentralkasse der faschistischen Korporationen gelebt hat. Letzthin hat der Präsident dieser sogenannten „Gewerkschaften“, Rossini, überdies festgestellt, daß die Regierung ihren Beitrag herabgesetzt hat und die früher im Leisten ihrer Beiträge für die Gewerkschaften so freigesetzten Industriellen sie abzubauen beginnen. In dieser misslichen Lage kam Rossini der Einfall der „Carta del Lavoro“, das heißt der „Charte der Arbeit“.

Diese wird nichts anderes als ein faschistisches Geleß sein. Arbeiter, Angestellte und Produzenten werden in den faschistischen Korporationen nicht das mindeste Recht besitzen, sondern lediglich eine neue Steuer zu tragen haben, die der faschistischen Regierung mindestens 300 Millionen Lire einbringen wird. Sind die Arbeitgeber willens, nur solche Arbeiter einzustellen, die die „Charte der Arbeit“ anerkennen, so heißt das, daß nur die in den sogenannten faschistischen „Gewerkschaften“ organisierten Beschäftigten finden, die diese „Charte“ nicht eher erhalten, als bis sie ihre ersten Gewerkschaftsbeiträge und die „Charte“ selbst, insgesamt etwa 60 Lire, bezahlt haben. So ist also gänzlich das Problem der Bezahlung der Gewerkschaftsfunktionäre in der Provinz gelöst.

Um die Arbeiter vor dieser neuen Form des Monopols auf die Arbeitkraft einzeln zu machen, bietet Rossini ihnen Konzessionen auf Kosten der Arbeiter an. Im „Lavoro e Italia“ entwickelt er die Grundzüge, unter denen die Einridung der „Charte der Arbeit“ endgültig festgelegt werden soll, und teilt dann unter langatmigem Wortschwall mit, daß damit faktisch das Geleß über den Nichtfundamenten fallen und die Finanzverwaltung des Neufundamentes in allen Industrien erreicht werde. „Bei einiaer faschistischer Auffassung können die Arbeitgeber es leicht dahin bringen, daß das Prinzip der Vergütung der Arbeitskräfte durch Vermittlung der faschistischen Gewerkschaften in den Arbeitsvertrag mit aufgenommen wird.“

Nun ist klar, was diese „Charte der Arbeit“ eigentlich bedeutet: nur wer faschist ist, erhält Arbeit, jeder andere kann verhungern! Das wird jedoch den früheren sozialistischen Revolutionäre Rossini nicht abhalten, in Genf beim Internationalen Arbeitsamt zu erklären, in Italien herrsche gewerkschaftliche Freiheit.

Barmatprozeß

Widersprüche in den Aussagen Schröders und Rugges Berlin, 26. Jan. (Eig. Bericht.) In der heutigen Verhandlung wurde Staatsbankrottpräsident Schröder noch einmal vernommen, da seine Aussagen zum Teil im Widerspruch zu den Aussagen Rugges stehen. Schröder hatte behauptet, nach dem Beschluß des Direktoriums vom 15. Juni, auf Rückzahlung eines Teils der Kredite zu dringen, habe Geheimrat Rugges erklärt, Barmat könne an diesem Termin überhaupt nichts zahlen. Rugges behauptet dagegen, nichts derartiges gesagt zu haben. Der Widerspruch wird in der Bernehmung nicht gelöst. Ungeklärt bleibt auch der Widerspruch, der darin liegt, daß Schröder behauptet, von der Weitergewährung beträchtlicher Kredite nach dem Beschluß des Kreditabbaus nichts gekostet zu haben, während Rugges behauptet, nie einen größeren Kredit ohne Einverständnis des Direktoriums herauszugeben zu haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird darüber gesprochen, daß der Schwiegersohn Rugges im Interesse der Staatsbank im Barmat-Konkurs tätig war. Rugges behauptet, daß die Berichte seines Schwiegersohnes die Staatsbank in der Ueberzeugung gestützt hätten, daß die Kredite abgebaut werden müßten.

Es folgt die Bernehmung des Oberfinanzrats a. D. Dr. Rüge. Auf Befragen des Vorsitzenden gab er zunächst an, daß er an den hauptsächlichsten Krediten für Barmat im Februar-März 1924 inwieweit mitgewirkt habe, als sie in der Direktion besprochen worden seien und daß er auch in der ihm gekommenen Zeit, um von ihm eine Zinsermäßigung zu erwirken. Er, Rüge, habe zeitweise Geheimrat Rugges vertreten. Hellwig habe in der Generaldirektion in seinem ersten Vierteljahr viel über die Barmat-Kredite gesprochen, auch über die Gesamtgröße dieser Summen. Er bestätigte weiter den Beschluß der Direktionsleitung im Mai, daß Kredite für Autister, Michael und Barmat nicht weiter erhöht, sondern abgebaut

werden sollten, nachdem Rugges ihm schon vorher Vermehrung wegen des Anwachsens der Autister-Kredite gemacht hatte. Ob Hellwig in dieser Sitzung zugegen gewesen sei, wisse er nicht. Rugges habe es dann übernommen, mit Barmat zu verhandeln und habe über das Ergebnis dahingehend berichtet, daß Barmat im August mit der Rückzahlung beizumehren wolle. Eine Uebernahme, daß Barmat im Juni nicht zurückzahlen könne, sei ihm nicht zu Ohren gekommen. Dr. Rüge bestätigte ferner, daß die Generaldirektion trotz ihres Beschlusses vom 19. Mai Barmat auf einen Wechsel einen weiteren Kredit von 500 000 M. bewilligt habe.

Von den Wirtschaftskämpfen

Neue Lohnforderungen in der nordwestlichen Gruppe Essen, 27. Jan. Die an der Tarifgemeinschaft der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe beteiligten drei Metallarbeiterverbände beschloßen, das Lohnabkommen am 28. Febr. zu kündigen. In dem Kündigungsschreiben wurde mitgeteilt, daß die neuen Lohnforderungen am Verhandlungstage bekannt gegeben werden würden.

Bermischtes

Raubüberfall

Hamburg, 26. Jan. Gestern nachmittag überfielen zwei Männer den 75 Jahre alten Inhaber eines Zigarrengeschäftes, warfen ihn zu Boden und festelten den Heberfallen. Dann raubten die Verbrecher 450 M. und verließen das Geschäft. Der alte Herr konnte sich aber bald befreien und Anzeige erstatten.

Ein Personenzug von einer Lawine begraben

London, 25. Jan. Der Berichterstatter der British United Press in Tokio meldet, daß ein Personenzug zwischen Yuru und Miho von einer Lawine begraben worden ist. Sämtliche Reisende seien wahrscheinlich umgekommen.

Dreifacher Mord und Selbstmord

Essen, 26. Jan. In der gemeinsamen Wohnung eines 55jährigen Büroangestellten wurden heute vormittag seine 34jährige Mutter und seine beiden 45 und 42 Jahre alten Schwestern in ihren Betten liegend tot aufgefunden. Offenbar liegt Gasvergiftung vor. Er beging Selbstmord durch Erhängen. Das „Abendblatt“ meldet, daß Körner am 1. Oktober abgebaut werden sollte. Er befürchtete Nahrungslosigkeit und war schon in den letzten Tagen völlig verzweifelt. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, ob er mit oder ohne Einwilligung seiner Angehörigen gehandelt hat.

Flugzeugabstürze

Paris, 26. Jan. Gestern nachmittag ist auf einem Hebungsfeld bei Coteau ein Militärflugzeug brennend abgestürzt. Der Pilot konnte sich durch Abpringen mit dem Fallschirm retten. Gestern nachmittag stürzte auf dem Aerodrom von Villiers-sur-Ornon ein Militärflugzeug ab. Infolge Maschinendefektes, aus einer Höhe von 150—200 Metern ab. Er war sofort tot.

Der Tote der Schlagwetterkatastrophe bei Bittich

Bittich, 27. Jan. Von den sieben bei der kürzlich gemeldeten Schlagwetterkatastrophe in einem Kohlenbergwerk bei Bittich jämmerlich verstorbenen Arbeitern sind, wie aus Brüssel gemeldet wird, vier ihrer Verletzungen erlegen.

Raubüberfall

Hamburg, 26. Jan. Gestern nachmittag überfielen zwei Männer den 75 Jahre alten Inhaber eines Zigarrengeschäftes, warfen ihn zu Boden und festelten das Geschäft. Der alte Herr konnte sich aber bald befreien und Anzeige erstatten.

Schneefürne in Sibirien

London, 26. Jan. Aus Moskau wird den Londoner Wätern berichtet, daß über 50 Personen und Güterzüge wegen der heftigen Schneefürne, die in den letzten acht Tagen in Sibirien wütheten, unterwegs stehen geblieben sind und verlassen werden müßten. In einzelnen Stellen erreicht die Schneedecke eine Höhe von 6 Metern. Kleinere Stationen wurden vollständig zugedeckt. Das Personal der Station Omsk und mehrere Reisende konnte nur dadurch dem Tode entzogen werden, daß man Luftkanäle in die Schneedecke grub.

Die anstößige Karnevalsuniform

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die französische Gendarmerie enthielt in dem karnevalistischen Aufmarsch in der letzten Zeit eine erhebliche Kontrolltätigkeit, die der Komit nicht entgeht. Die Abergader Stadtsoldaten, eine Karnevalsgesellschaft mit groteskhumoristischer Uniform und Holsgewehren, bildeten eine humoristische Exzerzierübung ab. Die französische Gendarmerie aber glaubte, an den militärischen Kommandos Anstoß nehmen zu müssen. Auch auf dem Gemeindefeld dieses Stadtsoldaten erschien französische Gendarmerie, um persönlich die Sarglosigkeit dieses „Zwuppenteils“ nachzuprüfen. Am gleichen Tage verhaftete die Gendarmerie einen Einwohner der als Ulan verkleidet zum Maskenball gehen wollte.

Der Stand der Grippeerkrankungen

Genf, 26. Jan. Die Saniektion des Völkersundesekretariats veröffentlicht ihr 6. Sonderbulletin über das Auftreten der Grippe. Danach betrug in der Schweiz in der am 8. Januar zu Ende gehenden Woche die Gesamtzahl der Todesfälle 487 gegenüber 274 in der vorhergehenden Woche. — In Deutschland weisen die statistischen Angaben über die Todesurachen in den Großstädten eine kleine Erhöhung der Sterblichkeitsziffer auf.

Die Grippe im Deutschen Reich

Berlin, 26. Jan. Im Reichsgesundheitsamt fand gestern eine Sachverständigenberatung statt, die sich mit dem Auftreten der Grippe und den etwa abotenden Abwehrmaßnahmen befaßte. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß der Verlauf der Erkrankungen ganz allgemein als günstig zu bezeichnen ist. Am stärksten betroffen ist verhältnismäßig der Südwesten des Reiches. Das Grippeerkrankte des Reichsgesundheitsamtes wurde gutgeheißen und empfohlen, die Bevölkerung über die besondere Gefährlichkeit des ruffähigsten Anstufens und Annehmens aufzuklären. Besondere behördliche Maßnahmen, wie Anzeigepflicht oder Verkehrsbeschränkungen, wurden als nicht erforderlich erachtet.

Die Grippe in England

London, 26. Jan. Aus den 105 größten Städten Englands und Wales sind in der vergangenen Woche infolge Grippeerkrankungen 667 Todesfälle zu verzeichnen gegenüber 323 Todesfälle in der Vorwoche.

Deutscher Reichstag

Berlin, 26. Januar. Beginn der Sitzung 3 Uhr nachmittags. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Porzler (K.) Einspruch dagegen, daß auf der Tagesordnung ein toter Punkt, die Vorlage zur Veränderung des Volksschulgesetzes stehe. Ein so wichtiges Gesetz dürfe nicht verhandelt werden, so lange eine verfassungsmäßige Regierung nicht vorhanden sei.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Frau Schröder (Soz.) beantragt einen sozialdemokratischen Antrag, monach in den Ausführungsbestimmungen für unentgeltliche Behandlung Sorge getragen werden soll. Abg. Kadel (K.) begründet kommunistische Anträge, monach neben den approbierten Ärzten auch gerufte Heilfunde zur Behandlung zugelassen werden sollen. Die Behandlung müsse unentgeltlich sein.

Abg. Behold (Wirtsch. Vera.) beantragt, bei § 7 die Wiederbestellung der Ausschüsse, nach der sich das ärztliche Behandlungsmonopol nur auf ansteckende Geschlechtskrankheiten erstrecken soll.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragt in den §§ 5 und 6 eine Veränderung dahin, daß die Zurücknahme des Strafantrages möglich sein soll, der gegen jemand gestellt wird, der in Kenntnis seiner Geschlechtskrankheiten eine Ehe eingegangen ist oder Geschlechtsverkehr getrieben hat.

Damit schließt die Aussprache. — Beim § 2 wird der sozialdemokratische Antrag auf Anordnung der unentgeltlichen Behandlung für Minderbemittelte im Hammelfprung mit 164 gegen 146 Stimmen angenommen. — Dafür haben neben Sozialdemokraten auch die Demokraten, Kommunisten, Wirtsch. und die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung gestimmt. — § 2 wird darauf gegen die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei angenommen. — Der Antrag Landsberg zu den §§ 5 und 6 wird gleichfalls angenommen. Der Rest der Vorlage wird in der Sitzung des Ausschusses mit unentschiedenen Änderungen angenommen.

Vor der Schlussabstimmung gibt Abg. Dr. Rosen für die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der die Ablehnung verschiedener sozialdemokratischer Anträge bedauert wird. Darum werde nur ein Teil der Fraktion dem Gesetz zustimmen.

In der Schlussberatung wird die Vorlage an angenommen. Dagegen stimmen die Kommunisten, Wirtsch., Wirtschaftliche Vereinigung und Mitglieder der übrigen Fraktionen.

Auf der Tagesordnung folgt nun der Zentrumsantrag auf Veränderung des Gesetzes über die Grundschul- und Aufhebung der Vorschulen.

Am 28. April 1920. Nach der Ausschussfassung soll der gesetzlich vorgeschriebene Aufbau oder die Auflösung der privaten Vorschulen unterbleiben, wenn nicht für die Lehrkräfte oder Unterhaltsträger aus öffentlichen Mitteln ein Ausgleich für die mit dem Aufbau verbundenen wirtschaftlichen Nachteile gesichert ist.

Abg. Dr. Söwenstein (Soz.) erklärt, der Antrag sei das amtliche Programm eines Bürgerbundes, ein privatisiertes Schulgesetz auf dem Gebiete des Schulwesens. Der Ausschussentwurf sei eine Verfassungsänderung. Der schwarz-weiß-rote Block wolle die privaten Schulen aufrechterhalten als monarchistische Schulgemeinschaft, das Zentrum als katholische Bekennerschule.

Gegen 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr verlegt.

Gemeindepolitik

Rheinsheim, bei Bruchsal. Der erstmals zusammentretende neuernannte Kuraterrat hat den Gemeindevorschlag mit 27 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Die Wertzuwachssteuer wurde angenommen.

Die Zahl der öffentlichen Sparkassen. Eine vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband durchgeführte Rundfrage bei den angeschlossenen Verbänden hat ergeben, daß nach dem Stande von Mitte 1926 insgesamt 2679 Sparkassen und 8313 Sparkasseneinstellen und Annahmestellen bestanden. Demgegenüber betrug die Zahl der deutschen (öffentlichen und privaten) Sparkassen Ende 1913: 3133. Rechnen man, um eine Vergleichsbasis mit der Gegenwart zu gewinnen, die Ziffer der in dem abgetretenen Gebiet an die neuen Sparkassen in Höhe von ca. 320 in Abzug, so ergibt sich unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Gebietsumfangs des Deutschen Reiches eine mobilisierte Sparkassenziffer von 2813. Demnach ist bis Mitte 1926 eine Verminderung um 134 eingetreten. Die Zahl der Sparkasseneinstellen und Annahmestellen, die ausschließlich das Spargeschäft betreiben, betrug Ende 1913: 8425. Es ist also auch hier eine Verminderung um 122 festzustellen. Die Zahl der zurzeit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband nicht angeschlossenen und darum in keiner Statistik nicht enthaltenen Sparkassen (meist privater Natur) ist gering; sie bringt an dem Gesamtergebnis keine wesentliche Änderung. Gegenüber den wiederholten Behauptungen verschiedener Sparkassentypen erbringen diese Ziffern auch den zahlenmäßigen Beweis dafür, daß auf dem Gebiete des Sparkassenwesens im letzten Jahrzehnt keine Verlesung festzustellen ist; im Gegenteil; es ist sogar ein nicht unerheblicher Rückgang eingetreten, der teils durch Zusammenlegungen, teils durch Aufösungen verursacht wurde. Im Preisfall Sachten bestehen neben den Sparkassen noch Girostellen, die mit der Girozentrale in enger organisatorischer Verbindung stehen und namentlich den Giroverkehr pflegen. Ihre Zahl betrug 1913: 186, Mitte 1926: 557. An Kommunalbanken (Stadt- und Kreisbanken) werden insgesamt ca. 50 gezählt.

Jugend und Sport

Gauversammlung des Gaues Baden der Naturfreunde. Die badischen Naturfreunde hatten ihren Gauversammlung am 19. und 20. März in der Stadt Durlach ab. Neben der Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung ist auch ein Vortrag des Präsidenten des Vereins Nationalrat Gen. Volker Wien über die kommenden Aufgaben vorgesehn.

Ein Skiführerkurs des Gaues Baden des L.B. „Die Naturfreunde“.

Vom 23. bis 30. Januar findet im Feldberggebiet ein Skiführerkurs des badischen Gaues der Naturfreunde statt. Damit hat der Verein den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen, denn der Skifort hat auch in seinen Reihen einen mächtigen Aufschwung genommen. Als Skiführer konnte Gen. Prof. K. u. e. -Rehl, ein altbekannter Skiführer, gewonnen

Hamburg—Genua

Von Rudolf Proschky, Leiter der Presseabteilung des Badischen Verkehrsverbandes

Als vor etwa 4 Monaten die ersten Mitteilungen in der Presse über das großartige Projekt einer Fernautostrade von Hamburg nach Genua veröffentlicht wurden, traten sofort die Vertreter von Verkehr und Wirtschaft, Handel und Industrie geschlossen auf den Plan. Ohne über nähere Einzelheiten des im Werden begriffenen Projektes unterrichtet zu sein, entspann sich ein lebhaftes Für und Wider diesen Plan. Dabei konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß das Für unbedingt Zustimmung fand, das das Wider aber nur hinsichtlich der Beteiligung der Städte gewisse Vorbehalte enthielt. Ueber die Notwendigkeit, in Deutschland Verkehrsadern zu schaffen, die der neuzeitlichen Entwicklung des Verkehrs und der zu seiner Bewältigung dienenden Beförderungsmittel angepaßt sind, nähere Begründungen anzuführen, erübrigte sich. Die Schnelllebigkeit unseres Zeitalters bedingt nun einmal eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit aller Verkehrsmittel und damit die Schaffung von Voraussetzungen, die besonders den Anforderungen des modernen Verkehrs entsprechen. Neben dem festen Schienenstrang, der die Zonen aller Weltteile durchzieht, und die großen Entfernungen von Stadt zu Stadt, von Land zu Land überbrückt, hat als Ergänzung unseres Zeitalters der Technik außer der Überwindung des Elementes der Luft durch das Flugzeug auch auf der Erde eine neue Idee hervorgebracht, die in dem sogenannten „Schienenlosen Zug“, dem Automobil, die moderne Verkehrsentwicklung beeinflusst. Wird auch im modernen Verkehrsleben immer noch die Eisenbahn das wichtigste Beförderungsmittel von Personen und Gütern bilden, so muß doch daneben dem Ausdehnungsfaktor des Autos Rechnung getragen werden. Das vorzuziehende Schienen der Bahn muß in der Schaffung neuer Verkehrsstrahlen eine notwendige Ergänzung erfahren und dem Wachstum der neuen Verkehrsmittel zu Lande entgegenkommen.

Es war daher nur eine folgerichtige Erscheinung, daß bei dem Auftreten des neuen Fernverkehrs Hamburg-Genua alle Kreise geschlossen für das Projekt eintraten. In dem Augenblick, als der Plan zur Durchführung dieses Straßenbaues bekannt wurde, verlor er seinen privaten Charakter. Er wurde zum Mittelpunkt einer Lebensnotwendigkeit der internationalen Verkehrsinteressen überhaupt.

Hamburg—Genua! Das bedeutet eine Entfernung von rund 1260 Kilometern, von denen 830 auf Deutschland, 250 auf die Schweiz und 180 auf Italien entfallen. Von dieser Gesamtstrecke sind bisher 46 Kilometer (Chiasso—Mailand) ausgebaut. Der Rest der Strecke von Mailand bis Genua soll Ende 1927 dem Verkehr übergeben werden.

Für Deutschland kommt also die Finanzierung von über 800 Kilometern Baustraße in Frage, die sich nach der augenblicklichen Berechnung auf etwa 170 Millionen Mark stellen wird. Die aufgestauten Gerichte, daß Deutschland ein Kapital von 1/2 Milliarde aufzubringen habe, entsprechen nicht den Tatsachen.

Das begründete Aussehen besteht, die finanzielle Seite dieser Frage zufriedenzustellen zu lassen, kann vorausgesetzt werden, nachdem die verschiedenen Landesregierungen, Städteverwaltungen, Wirtschaftsverbände, Handels- und Gewerbevereine, Verkehrsverbände und regionale Verkehrsvereine, sowie sämtliche an der Hebung des Verkehrs interessierten Gesellschaften ihren Beitritt zu dem Verein „S. A. T. A. B.“, der sich in Frankfurt zur Durchführung der Vorarbeiten für das Projekt gebildet hat, erklärt und namhafte Jahresbeiträge zugesichert haben. Es empfiehlt sich, bei der kritischen Beurteilung der Beitragsleistungen, wie sie in der letzten Zeit da und dort veröffentlicht wurden, größte Vorsicht walten zu lassen. Selbstverständlich bedeutet die Einstellung solcher Beiträge, mit denen der Verein „S. A. T. A. B.“ zu rechnen hat, in den staatlichen, öffentlichen und sonstigen Vorkalkulationen eine unvorhergesehene große Belastung. Es werden im Laufe der nächsten Wochen wohl Klärungen nach dieser Seite hin erfolgen, jedoch die Gerüchte über den Umfang der verpflichtenden Beiträge, die den Mitgliedern des Vereines je nach der geschätzten Beitragshöhe eingeräumt werden sollen, verstummen werden. Als positives Ergebnis ist festzustellen, daß Deutschland demist ist, auf deutschem Gebiet den Bau der Hauptstrecke sicherzustellen.

Es war zu erwarten, daß über die Art der Linienführung der Autostrade innerhalb der deutschen Interessentzreise Meinungsverschiedenheiten aufzutauchen würden. Die Forderung, die sich im Zeitalter des Verkehrs immer geltend macht, bei jeder neuartigen Idee auch ein einträgliches nachzuweisen suchen, wie das von Anfang an geplante Projekt.

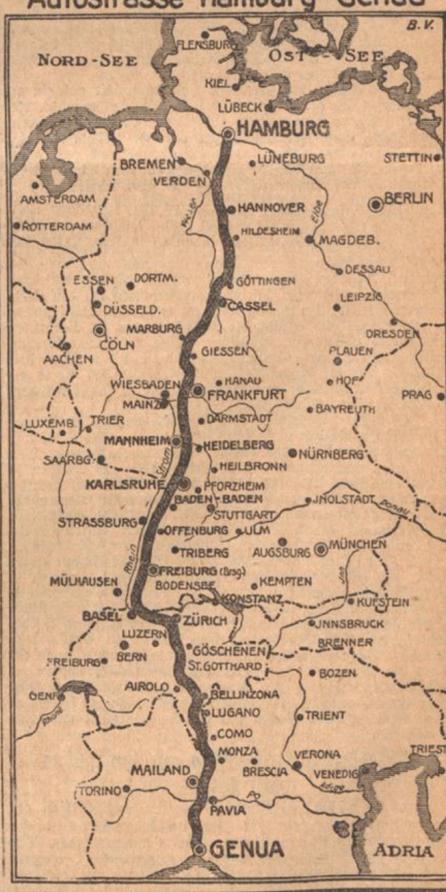
Die zur Diskussion stehenden Hauptprojekte: 1. Hamburg—Berlin—Leipzig—München—Wien—Rom—Mailand; 2. Hamburg—Darmstadt—Cassel—Frankfurt—Karlsruhe—Basel—Zürich—Mailand haben eine eingehende Prüfung gefunden. Der der ganzen Linienführung zu Grunde liegende Gedanke der rationalen Linienführung führt nunmehr zum Ausdruck. Die Route soll möglichst im Tale führen und dabei doch nicht des landschaftlichen Reizes der Hügel und Berästelungen entbehren. Es widerstrebt einer vornehmen Beweisführung, der anderen zur Diskussion stehenden Route die landschaftlichen Schönheiten abspornen zu wollen. Ebenso wäre es verkehrt, die großen deutschen Verkehrscentren, die nicht an der begünstigten Route liegen (Berlin, Leipzig, München) gänzlich auszuspielen zu wollen. Wenn man bedenkt, daß Deutschland außer der nur 7 Kilometer langen Ausbahn bei Berlin überhaupt noch von keiner Autostrade durchzogen wird, so dürfen bei der Schaffung der ersten internationalen Fernautostrade, die durch deutsches Gebiet führt, heimliche Partei- und kommunale Gesichtspunkte keine ausschlaggebende Rolle spielen. Es handelt sich doch in erster Linie darum, ob für die Ausführbarkeit des Projektes begründete Aussicht besteht, und wenn, auf welche Weise die größte Rentabilität des Unternehmens gesichert werden kann. Alle günstigen Resultate haben sich bisher auf das große Projekt der durchgehenden Nord—Südlinie konzentriert, die von Hamburg ausgehend mit

einer kleinen Biegung nach Osten Hannover erreicht, dem Laut der Weser bis Cassel folgt und unter Umgehung der Städte über Gießen bei Frankfurt in das Maintal mündet. Die offene oberbayerische Tiefebene hinter Frankfurt, die stark besiedelt und von natürlicher Schönheit ist, stellt dem Bau keineswegs technische Schwierigkeiten entgegen. Von Karlsruhe ab folgt die Straße der Rheintalstraße mit den Höhenzügen des Schwarzwaldes zur Seite bis Basel; von hier aus führt sie über Zürich auf die Höhe von Göttingen und erreicht Stellen über den St. Gotthard. Ueber Bellinzona, Como und Monza führt dann der Weg nach Mailand und endet an der italienischen Küste in Genua. Der Bauvorsatz dieser Linienführung besteht darin, daß unnötige Umwege vermieden werden können, während der Keilweg bei dem anderen Projekt, das freilich die Reichshauptstadt in den Plan einschließt, nennenswerte Verlängerungen erfährt und außerdem größere technische Schwierigkeiten darstellt.

Wie bereits bekannt ist, sind als charakteristische Bedingungen dieser Autostrade eine Normalbreite von 14 Metern große, gerade Straßen mit gar keinen oder weit ausholenden Kurven, die Führung in der Ebene und nur, wo es unumgänglich nötig ist, die Überwindung von Höhenzügen vorgezogen. Das Bild der Höhenunterschieden auf der deutschen Baustraße zeigt bei Cassel etwa 250 Meter, bei Offenbach 160 Meter und bei Basel nochmals 250 Meter als größte Steigerungen. In den übrigen deutschen Gegenden bewegt sich die Gotalung der Terrainverhältnisse in einer durchschnittlichen Erhebung von 12 Metern bei Hannover und 95 Metern in der Rheinebene bei Frankfurt. Es darf also im Vergleich zu den Höhenunterschieden zu der Schweizer Alpenkette, in welcher der St. Gotthard mit 2114 Metern zu überwinden ist, von äußerst günstigen Terrainverhältnissen auf der deutschen Strecke gesprochen werden. Der Bauplan vermeidet ferner die Führung der Autostrade durch die Städte; die an der Linie liegenden Orte werden also durch Umleitungs- und neue Zugangswege dem Anschluß mit der Hauptstrecke erhalten. Die Generalbauverwaltungspläne zahlreicher Städteverwaltungen berücksichtigen bereits diese Straße in ihrem Bauprogramm.

Aus dieser durchaus nicht vollständigen Uebersicht ergibt sich, daß durch eine internationale Autostrade auch dem deutschen Verkehr neue Lebensmöglichkeiten erschlossen werden. Kaufleute betonen immer wieder, daß dieses Projekt keinen Wettbewerb mit Ausbauräumen, sondern eine notwendige Ergänzung zu den bereits vorhandenen Verkehrsnetzlichkeiten ist. Und darin ist auch der hauptsächlichste verkehrspolitische und verkehrswirtschaftliche Wert dieses Projektes zu erblicken.

Autostrasse Hamburg-Genua



werden, der nicht nur die Verhältnisse des Mittelgebirges sondern auch des Hochgebirges kennt. Auch einzelne benachbarte Gaue haben zu dem Kurs Vertreter entsandt. Das Feldberggebiet eignet sich zu einer solchen Veranstaltung vorzüglich, stellt doch das Gelände mannigfache Anforderungen an die abtreibenden Winterbesucher, die alljährlich in immer größerer Zahl dieses eigenartige Bergmassiv aufsuchen. Die mächtige Schneedecke hat Wald und Flur in wunderschöne Formen verandelt, die dem Besucher in lebendiger Erinnerung sein werden. Der Wintersauber wird daher bei allen Kursteilnehmern Bewunderung und Begeisterung auslösen, was die Anforderungen des Kurses etwas mildern wird. Das schöne Feldberggebiet der Naturfreunde ist als Standquartier bestimmt, dort finden die Teilnehmer nicht nur die notwendige Ruhe, sondern gute Verpflegung. Dabei wird auch das familiäre Band, das alle Naturfreunde umschließt, gefestigt werden. Als Abschluß des Kurses findet dann am Sonntag, den 30. Januar, ein größeres Skifahren der badischen Naturfreunde am Feldberg statt, wozu alle Freunde des Vereines

besonders willkommen sind. Treffpunkt ist das Naturfreundehaus Feldberg. Wir hoffen, daß über der ganzen Veranstaltung ein guter Stern walten, und daß die Kursteilnehmer betrieblid in ihre Heimatsgruppen leben werden.

Das Naturfreundehaus selbst ist von der Hausverwaltung auch als Hilfsstation bei Unfällen vorgesehen. Neben einem neuzeitlichen Rettungsschiffen ist genügend Verbandsmaterial, sowie auch Arznei vorhanden, deren Bestand ständig ergänzt werden. Ein Rettungsdienst wird jeden Sonntag ausgeübt. Bei größeren Veranstaltungen übernimmt die Arbeiterkameradschaften Freiburg den Hilfsdienst. — Da das Haus ständig von einem Hauswart betreut wird, kann allen Feldbergbesuchern nur empfohlen werden, im Hause Standquartier aufzuschlagen, um die wenigen Urlaubstage unser Gleichgesinnten Menschen zu verbringen. „Berg frei!“

NB. Im nördlichen Schwarzwald ist das Naturfreundehaus Badner Höhe, im mittleren Schwarzwald das Riffelhäusle bei Schimwald ständig geöffnet. Die übrigen Helme sind jeden Samstag offen.

Aus dem Freistaat Baden

Aus dem Badischen Landtage

Zur Aufwertung der Sparfassen Guthaben

Der Rechtsplegengeschuß des Landtages befaßte sich am Dienstag, den 25. d. Mts., zunächst mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei, der die höhere Aufwertung der Sparfassen Guthaben fordert. Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag mit allen gegen 1 Stimme (Kommunist) angenommen:

„Der Landtag ist mit der Regierung der Auffassung, daß nach der Verordnung des Ministeriums des Innern zur Durchführung der Aufwertung von Sparausgaben vom 8. Juni 1926 die Sparfassen berechnigt sind, den Aufwertungssatz von 12 1/2 v. H. zu überschreiten, soweit sie dazu aus eigenen Aufwertungsmitteln in der Lage sind. Er ersucht ferner die Regierung, diesen Sparfassen nabesulenden, die Sparausgaben höher als 12 1/2 v. H. aufzuwerten und hierbei vorzugsweise die bedürftigen Personen im Sinne des § 7 der obigen Verordnung zu berücksichtigen.“

Der sozialdemokratische Redner hatte bemerkt, daß man das Recht der Höheraufwertung gewiß nicht unterbinden solle, die Sparfassen dürfen mit der Aufwertung keine Nachteile machen, aber es würde dann auch ein förmliches Weiterleben der Sparfassen einleiten. Vor allem darf das Vermögen der Gemeinden durch die Aufwertung nicht angegriffen werden. Nur aus der Aufwertungsquelle, nicht aus den Mitteln der Gemeinde darf aufgewertet werden. Die Höheraufwertung kann auch in die Hände der Sparfassenverwaltung gelegt werden. Die Vertreter der Regierung waren der Meinung, daß eine Änderung der Sparfassenverordnung nicht erforderlich ist. Die Gemeinden sind nicht gebindert, höher wie 12 1/2 Prozent aufzuwerten. Nur 18 Sparfassen können aus eigenen Mitteln aufwerten, alle anderen müssen zur Aufwertung Gemeindemitteln verwenden. 116 Sparfassen haben 119 Millionen Mark Aufwertungspflichtigen.

Die Abänderung des Landtagswahlgesetzes

Die Volkspartei verlangt von der Regierung, „einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes vorzulegen, in welchem unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts kleinere Wahlkreise gebildet werden, die zu Wahlkreisverbänden zusammengefaßt werden.“ Das Ministerium des Innern ließ erklären, daß ein solcher Gesetzentwurf in der jetzigen Regierungserklärung versprochen worden sei und deswegen auch dem Landtag zugehen werde. Deshalb beschloß der Rechtsplegengeschuß, den Antrag der Volkspartei nicht zu beraten und den Gesetzentwurf der Regierung abzuwarten.

Die Erfahrungen bei den letzten Gemeinde- und Kreiswahlen

hatte die Volkspartei verlangt, in einem Antrage zu fordern, daß die Bestimmungen über die Wahl der Gemeindeparlamenten, Bezirksräte und Kreisabgeordneten einer Neuordnung unterzogen und dabei für die Wähler so vereinfacht werden, daß beratige Mißstände, wie sie sich auch bei der Verwendung von nur amtlichen Stimmzetteln ergeben haben, künftig ausgeschlossen sind.“

Berichterstatter war Abg. Dr. Hoffmann. Er gab ein erschöpfendes Bild der Vorgänge bei den Wahlen vom 14. November. Seine Forderungen lauten er dahin zusammen: 1. amtlicher Stimmzettel, 2. drei amtliche Stimmzettel bei drei verschiedenen Wahlen, 3. Nummerierung nach der Stärke der großen Parteien des Landtages, ihnen sollen dann erst die kleineren Parteien folgen. — Auch die Regierung hält eine Änderung der jetzigen Wahlordnung für geboten. Der sozialdemokratische Redner erklärt, man dürfe der Vereinfachungsmöglichkeit nicht zuviel Rechnung tragen. Die Verbindung mit den Landtagswahlen lehnt die sozialdemokratische Partei ab. Gegen eigene Parteistimmzettel muß man sich wenden; in den Wahllokalen müssen doch die amtlichen Stimmzettel aufliegen. Ein ideales Verfahren bei den Wahlen zum Bezirksrat und zum Kreisrat wird man nicht finden; es handelt sich nur darum, die Mißstände des 14. November, soweit dies möglich ist, beseitigen. (Die sozialdemokratische Fraktion lehnte einen Probewahlzettel vor, auf welchem drei Rubriken für die Gemeinde, den Bezirk und den Kreis gewählt werden kann, da in jeder Rubrik die in Frage kommenden Parteien verzeichnet sind.)

Die anderen Parteien erklärten sich durch ihre Redner fast einhellig für den amtlichen Stimmzettel. Die Regierung ließ die Art der Regelung offen. Es wurde die folgende Formulierung angenommen: 1. Es sollen alle drei Wahlen in einem amtlichen Umschlag und in einem Wahlgang stattfinden, 2. in die Wahlzettel können die vier ersten Namen der Kandidaten aufgenommen werden, 3. es erfolgt einheitliche Nummerierung der Wahlvorschlüge nach dem Stärkeverhältnis der großen Parteien des Landtages oder Reichstages, 4. zu prüfen ist, ob die Bezeichnung des Wahlzettels mit einem Kreuz für alle drei Wahlen genügt oder ob das Kreuz in jeder Rubrik einzufügen ist. Diese leitenden Gesichtspunkte sollen von den Parteien beprochen und die nötigen Beschlüsse in den Fraktionsberatungen gefaßt werden, auch einzelne Bestimmungen der Gemeindeordnung sind hiermit in Einklang zu bringen. Der Rechtsplegengeschuß war also noch nicht in der Lage, die schwierige Frage, wie man das Wahlsystem bei den Gemeindevahlen, den Kreis- und Bezirkswahlen möglichst einfach gestaltet, in der Dienstag-Sitzung zu klären, er wird sich in etwa 4 Wochen mit der Angelegenheit wiederum beschäftigen.

Der Eisenbahnerprotest gegen den Abban hat genügt

Im badischen Landtag wurde bekanntlich am vorigen Donnerstag die sozialdemokratische Interpellation wegen des bevorstehenden Abbaus in der Eisenbahnausbesserungswerkstätte Karlsruhe verhandelt. Bei dieser Gelegenheit hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe dem Finanzministerium eine wesentlich niedrigere Abbauzahl angegeben, nämlich nur etwa 170 Mann gegenüber den beabsichtigten 300—400 Mann. Die von den Eisenbahnarbeitern durch den Landtag verurteilte Hilfe war somit wirksam.

Nun wird aus Berlin gemeldet, daß es dem Eisenbahnverband der Eisenbahner Deutschlands gelungen ist, eine erhebliche Herabsetzung der Zahl der abzubauenen Eisenbahnarbeiter überhaupt zu erreichen. Es sollten abgebaut werden im ganzen Reich 14 000 Mann, entlassen werden 5500 Mann (auch die letztere Zahl ist noch beklagenswert), aber es ist doch eine geringere Abbauzahl von über 50 Prozent erreicht worden; sie verteilt sich auf Bayern und die Rheinpfalz mit 430, auf Württemberg mit 150, Königsberg mit 50 Eisenbahnarbeiter usw. Es sollen auch nur Werkstättenabteilungen betroffen werden, nicht ganze Werkstätten.

Die Pferdemaagd als Prinzessin

Vor einiger Zeit berichteten wir unseren Lesern über den weiblichen Vorläufer des berühmten Hohenzollern-„Prinzen“ Domela. Wie dieser heimste auch die „Prinzessin“ in Thüringen ihre meisten Lorbeeren ein. Die Berliner „Montagspost“ weiß folgende Einzelheiten über die für alle Republikaner unschätzbare „Prinzessin“ zu berichten: „Der Prozeß gegen das 41 Jahre alte Dienstmädchen Martha Barth aus Bad Berka wird im März vor dem Erfurter Gericht zur Verhandlung kommen. Die Kriminalpolizei hofft, bis dahin die vielen Hunderte geprüelter Geschäftsinhaber und Privatpersonen ausfindig zu machen, die auf die Hochstaplerin dieser „Prinzessin“ eingetreten sind. Martha Barth spielte diese Rolle seit drei Jahren nicht nur in Erfurt, sondern auch, wie man jetzt ermittelt hat, in fast allen thüringischen Städten, ganz besonders in Jena und Eisenach.“

In dem Prozeß gegen die kleine und auffallend unangenehm und unintelligent aussehende Pseudo-Prinzessin werden Enthüllungen zur Sprache kommen, die beweisen, daß „Prinz“ Domela mit seinen Hochstaplerinnen nur ein kleiner Betrüger gewesen ist. Trotz ihrer sonst abfähernden Höflichkeit und Anbiederung hat Martha Barth zahllose Familien um ihr gesamtes Vermögen betrogen. Sobald Martha Barth einlaß ihre Photographien zeigte, in denen sie im feinen Reitanzug, im Taubkleid, in eleganten Schwimmschleier oder in schicken Gesellschafts- oder Straßentouren abgebildet war und obendrein noch einen Blick in die große Soubrette ihres Koffers mit blühendem Diadem aus angeblich echtem Golde gestattete, erhielt sie jede nur gewünschte Parallele.

Sehr kompromittierend werden für manche Monarchisten die Geständnisse verschiedener Liebhaberinnen mit Angehörigen der „besten Gesellschaftskreise“ werden, die sich eine außerordentliche Ehre daraus machten, mit einer richtigen Prinzessin in ein intimes Verhältnis zu kommen. Martha Barth besaß wahre Berge von „Brillanten“ und „Perlen“, die sie in Berlin als angebliche Statistin der James-Klein-Revue in einem Bühnenaufführungsbau für wenige Mark erstanden hatte.

Wertvolle Unterstützung bot ihr die genaue Kenntnis der Verwandtschaftsverhältnisse der Hohenzollern-Familie, wofür sie längere Zeit beim Prinzen August Wilhelm als Pferdemaagd beschäftigt war. Gelegentlich verhielt sie, um ihre in sehr dürftigen Verhältnissen in einer Erfurter Notwohnung hausenden Eltern zu besuchen. So beehrte die falsche Prinzessin mit ihrem Besuch zwei Erfurterinnen, die am Fischmarkt eine große Wohnung besaßen. Beide Damen hat die Prinzessin bereits um ihr gesamtes Vermögen gebracht. Cines Tages erklärte „Margarete von Preußen“, daß sie zu ihren Verwandten nach Potsdam reisen müsse. Ihre Gastgeberinnen

reisten dem hohen Gäste mit dem nächsten Zuge nach Potsdam nach, nicht etwa, weil sie Verdacht geschöpft hatten, sondern weil sie fürchtbar gern einmal Einblick in ein „richtiges Königshaus“ tun wollten. In Potsdam eilte die eine der Damen in das Palais des Prinzen August Wilhelm und forschte nach der Prinzessin Margarete von Preußen. Wie verwundert war sie, als man ihr erklärte, daß jene Prinzessin bereits 1850 gestorben sei. Nun ließ die mißtrauisch werdende Erfurterin nicht nach und suchte weiter, bis sie ihren Gast im Pferde-Ita II im Gespräch mit den Mädchen vorfand. Aber auch hier ließ Martha Barth ihre Komödie fort und erklärte, daß sie nach ihrer Rückkehr im Schloß eine schmucke Wirtschaft vorgefunden hätte, die sie zwingen würde, sich um alles höchstpersönlich zu kümmern. Die Erfurterin sollte am nächsten Tage wieder kommen, dann würde sie ihr das ganze Schloß zeigen. Die Dame ging auch, wartete ein wenig, bis die Prinzessin verschwand und eilte dann in den Pferdebestall, um die Mägen nach der Person auszuforschen. Hier mußte sie nun die traurige Wahrheit erfahren: Martha Barth war zu ihren früheren Kolleginnen zurückgekehrt, um sie zu besuchen, aber gleichzeitig auch zu ermitteln, ob man vielleicht doch schon in Potsdam von ihren jahrelangen Betrügereien gehört hatte.“

Es ist nicht überflüssig, wie sich die „besten“ Gesellschaftskreise um eine von ihnen sonst abdringlich verdrängte Stallmaagd bemühen, die sich durch nichts von ihren Kolleginnen unterscheidet als dadurch, daß sie sich Prinzessin nennt? „Große“ Herren fühlen sich fabelhaft geschmeichelt, wenn sie bei ihr schlafen dürfen und „große“ Damen öffnen ihr ganzes Vermögen allein um der platonischen „Ehre“ willen.

Die Berliner Siegesallee ist bis auf den heutigen Tag stehen geblieben. Wir empfehlen, sie für alle Zeiten lebensunfähig unter der Bedingung, daß man die Sammlung aller Hohenzollern abschließt mit der lebensgroßen marmornen Nachbildung von Heinrich Domela und Martha Barth, jedem zur Seite als die beiden am meisten begeisterten Verehrer. Auch in der Wandelhalle des Reichstages würde sich eine schöne Marmorgruppe zusammensetzen lassen, wenn man neben Wilhelm rechts und links je einen dieser letzten Hohenzollern aufbauen würde. So erst wären die Hohenzollernstandbilder in der deutschen Republik gerechtfertigt.

Harry Domela wieder in Göttha

Berlin, 27. Jan. Der falsche Hohenzollernprinz Harry Domela ist wieder in Göttha gelandet. Diesmal am Gerichtsgelände „abgehängt“. Die Verhandlungen gegen ihn werden sich am 27. Januar im Saal des Jägerhauses abspielen. Wegen des umfangreichen Prozeßstoffes wird mit einer Verhandlungsdauer von 2—3 Tagen gerechnet.

Die Schlussfolgerung ist für uns die, daß die Eisenbahnarbeiter sich nicht umsonst an die Parlamente wenden und andererseits, die auch im Landtag erhobene Forderung, von der Wöpfung der Arbeiten der Werkstätten an die Privatindustrie nicht allzu großen Gebrauch zu machen. In diesem Sinne hat gewiß auch die sozialdemokratische Interpellation im badischen Landtag einen Erfolg gezeitigt.

Badens Anteil am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung stellt mit, daß auf Grund der von den Ländern aufgestellten besonderen Programme wirtschaftlich wertvoller Notstandsarbeiten solche Notstandsarbeiten mit insgesamt 29,42 Millionen Tagewerten grundrätlich genehmigt worden sind. Die Förderungsbeträge dieser Arbeiten belaufen sich auf rund 240 Millionen. Davon entfallen auf Baden 1 157 920 Tagewerte mit einer Förderung von 9 708 714 M. Davon werden verwendet für Straßenausbau 4 729 076 M. für Meliorationen 1 443 060 M. für Hochwasserbau und Gewinnung von Wasserkraften 402 738 M. für Kanalisationsarbeiten 1 587 840 M. und für kleinere Notstandsarbeiten 1 546 000 M.

Die Feme in Ettlingen

Das katholische Stadtparlament Ettlingen gibt seit einigen Jahren ein „Katholisches Gemeindeblatt“ heraus, in dem die wöchentliche Gottesdienstordnung, die Messen, Vereinsmitteilungen usw. den Pfarrangehörigen bekanntgegeben werden. Soweit sich das Blatt auf diese Mitteilungen beschränkt, besteht kein öffentliches Interesse, von seiner Existenz Notiz zu nehmen. In seiner Nummer 4 vom 22. Januar leistet sich aber der Herausgeber des Blattes, als den man wohl den katholischen Stadtpfarrer von Ettlingen ansehen darf, obwohl sein Name nirgends angeführt ist, ein Stückchen, das unbedingt öffentlich gesprochen gehört, denn es ist das Tollste, was wir je an Unbuddisamkeit und Fanatismus erlebt haben. In einem Artikel, „Unter den Gefahren der Mischehe“, werden diejenigen Bürger und Bürgerinnen Ettlingens unter Angabe von Beruf und Geburtsort, Vor- und Nachname angeführt, die im letzten Jahre aus der katholischen Kirche ausgetreten sind, welche 1926 hier von Glauben förmlich abgefallen sind“, wie es in dem „Katholisches Gemeindeblatt“ wörtlich heißt. Bei einer Frau wird sogar angeführt, daß sie samt ihrem vorerblichen Kinde abgefallen sei: Zum Schluß dieses 6 Personen umfassenden Verzeichnisses schreibt der Herausgeber: „Die Pfarrangehörigen kennen die Einzelnen besser als wir; es sei deshalb ihnen überlassen, zu beurteilen, ob es für uns eine Ehre oder eine Unehre ist, wenn sich diese bei uns nicht mehr wohl fühlten.“

Der Zweck dieser öffentlichen Bekanntgabe der aus der katholischen Kirche Ausgetretenen — vor zwei Jahren wurden die Namen unter der Ueberschrift „Welles Raub“ bekannt gemacht — ist natürlich einsig und allein der, die Bürger und Bürgerinnen in den Augen ihrer Mitbürger herabzusetzen, sie gesellschaftlich zu schädigen, sie an den Pranger zu stellen und zu verurteilen. Das geht ja auch deutlich aus dem Nachsatz hervor. Der fanatische Glaubenseiferer hat natürlich kein Verständnis dafür, daß es für den, der aus innerster, ehrlicher Ueberzeugung der Konfession, der er bisher angehörte, sich trennen muß, weit ehrenvoller ist und anständiger, wenn er auch äußerlich den Trennungsschritt schiebt, statt als Besucher

weiterhin als Mitglied einer Kirche anzusehen, zu der er nicht als geringste innere Verbände mehr hat. Dem Fanatiker ist jedes Kirchenmitglied, wenn auch nur der Form und dem Namen nach zur Kirche zählig, lieber, wie Genuß, der aus seiner oft in schweren inneren Kämpfen erlangenen Anschauung die Konsequenz zieht und die bisherige Konfession aufgibt. Es ist eine Ehre, und es ist ehrenhaft, wenn ein Bürger und eine Bürgerin so handeln, wie es die sechs Personen von Ettlingen getan haben. Unehrenhaft und eine Unehre ist es aber, wenn diese Leute wegen ihres offenen und ehrlichen Handelns öffentlich gebrandmarkt und dem Haß ihrer Mitbürger überantwortet werden. Allerdings, es sind ja sechs Proletarier, die dort man schon öffentlich der Geme ausliefern. Wäre ein Fabrikant oder sonst ein hoher Herr darunter, das „Katholisches Gemeindeblatt“ würde sich hüten, den Namen, Beruf, Geburtsort, ausdrücklich zu nennen. Wir sind gespannt, was die oberste Kirchenbehörde zu diesem Ettlinger Skandalstück zu sagen haben wird! Wir können unmöglich glauben, daß sie diesem intoleranten, fanatischen Vorhaben des Stadtparlamentes ihre Zustimmung geben kann.

* Kein Unterlehrer mehr in Baden. Bis vor kurzem wurden die unabhängigen Lehrkräfte der Volksschule in Baden als Unterlehrer bezeichnet im Gegensatz zu den endgültig angestellten, die Hauptlehrer genannt werden. Um die Jahresverhältnisse ist die Bezeichnung „Unterlehrer“ lang und langlos verschwunden. Das Unterrichtsministerium gebraucht nunmehr die Bezeichnungen von unabhängigen Lehrkräften nur noch die Bezeichnung „Lehrer“. Bei ein solcher Lehrer den Dienst eines erkrankten oder beurlaubten Hauptlehrers auszuüben, so trägt er nach wie vor die Amtsbezeichnung „Hilfslehrer“, veraltet er eine vorübergehende freie Hauptlehrerstelle, so wird er Schullehrer genannt.

Gewerkschaftliches

Der Lohnkampf in der Textilindustrie

Die im Bezirk Lörrach bis jetzt stattgefundenen Abstimmungen der Textilarbeiter zu dem Schiedspruch des Karlsruher Landesrichters führten zu einer mit 70 Prozent Mehrheit ausgeprochenen Annahme. Bis zu 90 Prozent der Arbeiter wollen den Schiedspruch annehmen, betonten aber in einer Entschließung, daß bei einem einseitigen Erhöhung auch die verlangten 15 Prozent möglich gewesen wären. Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß dieses Mal die Entschiedenheit des Karlsruher Landesrichters, falls die Unternehmer den Schiedspruch ablehnen, für verbindlich erklärt wird. Sollte dies nicht geschehen, so würde sofort der Streik aufgenommen werden.

Von Arbeitgeberseite aus wird aller Voraussicht nach der Schiedspruch abgelehnt werden. Die Erklärungssfrist läuft bis zum kommenden Samstag.

Gegen eine Schließung der Eisenbahnwerkstätte Ludwigshafen a. Rh.

Hd. Ludwigshafen, 26. Jan. Oberbürgermeister Dr. Weis hat, nachdem er der gestern abend stattgefundenen Versammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner wegen der notwendigen Einschränkung des Betriebes der hiesigen Eisenbahnwerkstätte angewohnt hatte, ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Dr. Seid und das Bundesministerium in München abgeschickt, in dem er den Minister dringend bittet, dahin zu wirken, daß keine Arbeiterentlassungen vorgenommen werden.

Unterhaltung und Belehrung

Der einsame Weg

Von Hanns G. Faber

(Nachdruck verboten.)

„Aino, du erkältest dich, komm, wir schließen das Fenster
... lange zu fahren? Nein, nicht sehr lange. Morgen
früh sind wir da. Gib acht, wie lustig das wird. Tante steht
an der Bahn. Schon seit einer halben Stunde. Alle Beamten
hat sie mindestens einmal gefragt, ob der Zug noch nicht durch
wäre, ob er auch ganz sicher käme und ob das auch der richtige
Bahnsteig sei. Die Güte. Nun kann sie vor Kühlung nicht
sprechen. Aino... Aino, mein Kind und du... Birger...
kommt.“ Wie ist das alte Haus so herrlich. Zwei Stodworte
bats nur. Da hatte der wilde Wein es nicht schwer, heraufzu-
klettern bis in die Dachrinne, die sog er aber an manchen
Stellen richtig herunter. Ich rate dir nicht, bei Regen dich an
dem Haus vorbeizugehen. Ja, das sind meine Zimmer. Sieh,
das Gehörn. Den legte ich auf Haus Freuden um. War ein
kapitales Bursche, und das da... und das da... Der stand
beim Wittgensteiner. Das da ist die Peitsche, mit der ich mein
ersten Preis ritt. Da steht er. Und da auf dem Schreibtisch
steht das Bild von Jung-Axel. Das war ein Pferdchen,
galt Tante, das sprang. Wer das war? Mein Großvater.
Man sagt, das ist ihm ähnlich. Siehst du? Nicht?
Gottseidank, einmal ein Mensch, der nicht findet.“

Ich schlage die Vorhänge zur Seite. „Sieh, das ist der
Garten. Groß ist er ja nicht, aber alles ist drin zu finden. So
gar Anziosen. Soll ich dir eine runterholen? Hast die Lei-
ter. So, die ist schön. Aber komm dort zur Bede. Da brühten
immer die Schwarzdrosseln. Schlimme Räuber sind das, aber
Tantchen erlaubte nie, daß ich sie schö. Die Hede ist düster
geworden, doch wenn man hier die Zweige auseinander biegt,
kommt man ganz gut noch durch das alte Schlupfloch. Nun aber
vorsichtig, siehst du den Nachbar, so macht er einen Höllenlärm.
„Guten Tag, guten Tag, Aino, immer so fleißig? Tag, Tag,
Ja, wir kommen gleich wieder, nur aus Ufer wollen wir noch
sehen.“ Vom Ufer führt die Promenade um die ganze Stadt.
Warte nur, wenn erst der Mond heraufkommt, dann siehst du
dein richtiges Wunder, dann blinzel alle die Fensterläden der
Bäuser — die schlafen nämlich am Tage und dann reben die
alten Häuser miteinander. Ganz sicher, ich habe das als Junge
oft gehört. Wunderbare Märchen wußten sie zu berichten.
Von dem tollen Christian, der die Heiligen vom Berg des Hei-
ligen Viktorius abführen ließ und Taler daraus schlug.
„Gehet hin in alle Welt,“ sagte er, „ich euch befohlen.“ Du
sagst. Ich werde dir später einen zeigen. Gottes Freund und
der Pfaffen Feind steht darauf. Bekamen aber die Pfaffen
einen Taler in die Hände, so schlugen sie das „Freund“ aus.
Nun sind wir tatsächlich schon mitten in der Stadt. Du meinst,
man sieht keinen Menschen? Abends nach zehn sieht man hier
nie Menschen. Aber ich will dir zeigen, daß welche da sind.
Siehst du den Lichtschein da hinter dem hölzernen Laden?
„Sei. Euch will ich wecken. Gib acht, nun pfeif ich
„Freut euch des Lebens.“

Keine Antwort. Noch einmal.

„Freut euch des Lebens.“

Der Lichtschein, der durch die Spalte drins, wird plötzlich
hörschaft unterbrochen, einmal, noch einmal. Der eine her-
sormige Ausschritt im Fenster wurde dunkel. Ach, was
nicht glauben, noch einmal:

„Freut euch des Lebens.“

Der Laden knarrt, eben. Lebendige Bewegung. Leichte
Schritte eilen überflut die Treppe herunter. Tür auf und
herin in die alte Bude.

„Birger.“ Drei Mädels hängen an meinem Halse.

„Tag, Mutter Hermann, Tag Grete, Tag Renne, Tag
Lori. Aino, das sind die drei... Mädels, unverändert seid
ihr. Nun, hab ich das nicht gut gemacht was? Ja, kaum
nur, aber seid doch nicht so schüchtern. Aino ist doch ein
Mädels wie ihr alle... Fremd? Ach was, Freunde seid ihr.“

„Kenne aber hat um Aino den Arm geschlungen und sieht
ihm mit tiefem ruhigem Blick in die Augen. Dann fassen sich
die beiden. Ich wachte das, ich wachte das. So mühte es kom-
men. Aber nun, Mutter Hermann, nun wieder lustig sein und
nicht weinen. Ihr großer Mosenjoh laucht doch wieder ein-
mal auf.“

„Nein, Aino, alles teil ich mit dir, aber dieser Platz ist
mein Eigentum. Die Sofaede ist historisch. Die Federn wur-
den von mir in jahrelanger, rastloser Faulheit aufammenge-
drückt. Sieh, da steht mein Bild auf dem Klavier. Alles,
liebes Klavier, endlich einmal ist wieder der Kreis um dich
geschlossen. Gretel, laß dich nicht lange bitten... Nein, nicht
so was, ein Volkslied nimm.“

Es geht ein Märchen im Volke.

„Du, du, Aino, du mein Mädchen.“

Die Mädchen singen zur Nacht.

Wie oft sangen wir hier die halbe Nacht, die ganze Nacht.
Die drei frohen Mädchen und der eine wilde Junge. Und
Wittlerlein sah in der Ecke und träumte.

wenn unter den blühenden Halmen
im Garten die Sehnsucht erwacht.
Das Lied vom zerbrochenen Ringlein
und von der Mühle im Grund.
Die Wasser wogten und rauschten,
dem Buschen ward gar so wund.
Ob die alte Mühle noch drumten am Bache steht? Da
leben wir Schiffschen schwimmen. Trude und ich. Wo mag
sie recht sein...? Mäde es ihr gut geben.

Ich lang es so oft mit den andern,
nun schleich ich mich leise vorbei
und herge mein Haupt in den Händen,
das Ringlein brach entzwei.

Der Regen schlägt unaufhörlich durch die Kronen der
Lannen. Wir würden nicht so nah aneinander sitzen, hätten
wir nicht beide meinen Regenmantel als Schutz gegen die
Nässe unter uns legen müssen. Ich hatte meine Hand, die
dabei die ich so sehr liebte und die mich schauern machte, als
ich sie das erste mal sah. Weil ich fühlte: die wird dir bitter
werden tun. Aber meine freischwebenden Finger haben sich wie
vor einem unsichtbaren Hindernis in die Luft, wenn sie über

die Stelle gleiten, wo der Ring aus gehämmertem Gold nä-
lich-kalt glänzt.

... das Ringlein brach entzwei...
„Du den Ring fort.“
„Ich darf nicht, Birger.“
„Du den Ring fort.“
„Ich darf nicht, mein Wort bindet mich.“
„So bindet dich dein Wort?“
„Birger, ich bitte dich, laß nicht so. Du tußt mir weh.“
„Bindet dich dein Wort, nun...“
„Birger, ich sehe dich an, laß nicht so. Nie hast du mir
weh getan, vor heute. Immer warst du gut und verzehend,
auch damals... als ich dir abschied... abschieden muhte.
Du schreibst so gut... damals... ach, wärst du da ge-
wesen damals... nun ist es zu spät.“
„Ja, nun ist es zu spät...“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Frauenschicksal im 18. Jahrhundert

Wir hören heute so oft namentlich Frauen über den Ver-
lust der „guten alten Zeit“ klagen. Solche Frauen sind sich
gar nicht darüber klar, welche Stellung damals die Frauen
eingenommen haben. Sie wissen auch nicht, wie Despotie und
iranische Willkür eines Einzelnen mit Menschenwürde und
umbringen konnte. So manche Menschen, die der Welt noch
wertvolle Dienste hätten leisten können, sind damals durch
Fürstenabsolutismus wehrlos zugrunde gerichtet
worden.

Bekannt ist das Schicksal des berühmten Dichters
und Musikers Schubert, der durch ein paar Spottgedichte das
Mißfallen des Herzogs Karl Eugen von Württemberg und
seiner Geliebten Franziska von Hohenheim erregt hatte und
dafür durch eine lange, schwere Haft auf der Festung Hohen-
asperg büßen mußte, aus der er erst als gebrochener Mann
herauskam. Weniger bekannt ist es, daß kurz vorher auch eine
Frau auf der gleichen Festung in Haft lag und so schwer leiden
muhte, daß sie darüber irrsinnig wurde. Diese Frau war eine
in ihrer Zeit weitberühmte Sängerin Marianne Birker,
die Gattin des österreichischen Violinvirtuosen Franz Bir-
ker. Der Ehe waren drei Töchter entsprossen. Die beiden
ältesten blieben in Stuttgart bei ihrer in zweiter Ehe
verheirateten Großmutter, weil das Ehepaar Birker in ganz
Europa Konzertreisen unternahm. Es war die Zeit, in der
die Birker soll aber selbst die holländischen Doornikerne noch
überflügelt haben. Eine zeitlang hatte sie glänzende Engage-
ments an den Opern von London und Kopenhagen. Da wurde
die Stelle einer ersten Sängerin bei der Kirche-
und Kammermusik in Stuttgart frei, und die Eltern be-
stimmten Marianne, sich um diese Stelle zu bewerben. Sie
selbst hatte große Sehnsucht, wieder mit ihren Kindern vereint
zu werden. So kam sie zur Vorstellung nach Stuttgart und
hatte die größten Erfolge. Sie erhielt ein glänzendes Engage-
ment mit einer Bezahlung von 1500 Gulden, und auch ihr
Gatte wurde als Konzertmeister, allerdings nur mit einem
Jahresgehalt von 400 Gulden, angestellt.

Es ist in der Hauptsache das Schicksal des Ehepaars Birker,
das das sogenannte „Lusthaus“ zur Ober umgewandelt wurde.
Das geschah hauptsächlich auf Wunsch der Herzogin Friederike,
die Marianne ihre Gunst zugewandt hatte. Neben der Mutter
wirkte auch schon die älteste dreizehnjährige Tochter an der
Oper mit, die eine schöne, harte Stimme hatte. Auch das
jüngste Mädchen, die bis dahin in Bologna eine ergoene Heine
Viktoria, kam nun nach Stuttgart, und die Familie war glück-
lich in der Vereinigung nach so langer Trennung.

Die Freundschaft zwischen Marianne und der Herzogin
habe jedoch in einem Teil der Hofgesellschaft Neid und Miß-
gunst erregt. Alles ging gut, solange der Herzog in Frieden
mit seiner Frau lebte. Als er sich aber von ihr abwandte
und sich in die Reise anderer Frauen verstrickte, nahm
Marianne energisch Partei für die betrogene Gattin, was ihr
vieleicht auch von den Seitenprüngen des Herzogs erzählt
haben. Daraufhin ließ Karl Eugen kurzerhand das Ehepaar
Birker und einen Friseur Reich, ebenfalls einen Anhänger
von Friederike, verhaften und auf die Festung Solingen im
Freiburg, und als sie damit nicht durchdringen konnte, verließ
sie den Stuttgart der Hof für immer und kehrte nach ihrer
Heimkehr nach Stuttgart zurück. Nach anderthalb Monaten
wurden die drei Gefangenen bei Nacht auf die Festung Solingen
abgeführt, und jeder der Verhafteten erhielt ein be-
sonders wohlverwahrtes Zimmer. Sie wurden nie zusammen-
gebracht; niemand erhielt Zutritt zu ihnen, und das Schreiben
war ihnen verboten. Sie erhielten anständige Betten und
leibliche Verpflegung, ebenso Beleuchtung und Heizung, von
Zeit zu Zeit auch neue Wäsche und Kleider, aber sie erlitten
nichts von der Außenwelt, und Marianne blieb ohne jede
Nachricht von ihren Kindern. Nach je anfangs befohlen
haben, daß es sich nur um eine kurze Verurteilung handele,
so mußte sie bald erkennen, daß die Fürstin nichts für sie tun
konnte, und daß der Herzog einen unverwundlichen Haß auf sie
geworfen hatte. Diese entsetzliche Erkenntnis brachte die einst
so geliebte Mutter um den Verstand. Schon 1783 wurden
ihre Wesserturen verordnet. Allmählich äußerte sich ihre Gei-
steszerrung in furchtbaren Trübungsanfällen. Es heißt, sie
habe in ihrem Zimmer so geschrien, daß eine Stimmbrügge
eintrat und ihr herrlicher Sopran zum Haß wurde.

Schließlich ließen die Anfälle nach, und die Herrin lebte
in stiller Einsamkeit weiter. Der Dichter Huber, der sich als
würtembergischer Beamter den ungerathenen Steuerplänen des
Herzogs widersetzt hatte und deshalb ebenfalls auf den Hohen-
asperg gebracht wurde, hat das Los der unglücklichen Marianne
in einem rührenden Gedicht befangen:

In stiller Weh schleichst du mit leisen Schritten
Im Kerker um.
„Bist niemand“, seufzt sie, „niemand für mich bitten?“
Dann kehrt sie kumm.

In den langen Stunden trostloser Einsamkeit begann
Marianne Salme aus dem Strohhaß ihres Bettes zu ziehen
und mit ihren eigenen Haaren zu Klumen zusammenzubinden.
Der Kommandant ließ ihr heimlich Draht und Federn zur Er-
leichterung ihrer Beschäftigung zufließen. Allmählich entstanden
keine Kunstwerke. Die Kaiserin Maria Theresia soll solche
Klumen erhalten und sich dabei der Sängerin erinnert haben,
die einst auch am Wiener Hofe große Triumphe gefeiert hatte.
Durch ihre Fürsprache soll endlich die Befreiung der Ge-
fangenen erwirkt worden sein. Nach acht langen, schweren
Jahren entließ sich Herzog Karl Eugen, die Familie Birker
und den Friseur Reich freizulassen. Sie mußten schwören, sich
nie und an niemand zu rächen, die herzoglichen Lande für
immer zu verlassen und keinerlei Verbindung mit der Her-
zogin zu suchen. Marianne hat diese Zusage anfangs ab-

gelehnt, da sie sich keiner Beleidigung des Herzogs bemußt sei,
schließlich aber auf Zureden ihres Mannes doch den Eid
abgelegt.

In Heilbronn traf das Ehepaar endlich seine Kinder
wieder. Die älteste war noch Kammervirtuosin. Die zweite
hatte den Hofbuchdrucker Cotta geheiratet und ist die
Stammutter der bekannten Verlegerfirma geworden. Ein Ge-
such Biers um eine Pension wurde vom Herzog abgelehnt.
Auf dem Gute Eschenau bei Heilbronn hat Marianne in
der Stille der friedlichen Natur ihre Geisteskräfte wiederer-
langt, aber Schubarth berichtet, daß die Erinnerung an das
ungerecht erduldet Leid zeitweilig gleich einer düsteren Wolke
auf ihrer Seele gelegen habe. Eine zeitlang hat das Ehepaar
Birker noch in Stuttgart sein Leben mit Musikunterricht ge-
führt. Später ging Marianne wieder zu ihren Freunden nach
Eschenau und starb dort 1782 im Alter von 65 Jahren. Das
traurige Schicksal dieser Frau, die Tausende mit ihrer Kunst
erleuchtet hat, ist ein tröstliches Beispiel für die Opfer von Despo-
tenknechten in der „guten alten Zeit“.

Anna Bloss (Stuttgart).

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Schönes Sinfoniekonzert

Wenn den „spießigen“ Karlsruheern etwas Außerordent-
liches zu einigermaßen erschwinglichen Preisen geboten wird,
sind sie immer dabei. Das letzte Sinfoniekonzert, das der in
letzter Zeit viel umfrittene Direktor der Wiener Staats-
oper, Professor Franz Schalk, dirigierte, war ausver-
kauft. Tags zuvor war die Evangelin-Vorstellung, die
nachmittags zu sehen war, ebenfalls ausverkauft, eben-
falls ausverkauft, trotz Monatsende. Lopatnikoffs Klavier-
konzert und Gustav Mahlers „Das Lied von der Erde“ han-
den auf dem Programm. Lopatnikoff leitete seit einigen Jah-
ren in unsern Mauern. Er ist kein „revolutionärer“ Musiker.
Es kämpfen in seiner Brust zwei Seelen, die eine läßt sich zu
Schumann gezogen und die andere interessiert sich für Dinge,
die sich im atonalen Reiche abspielen. Bis zur Stunde hat
sich Lopatnikoffs musikalische Sprache fremder Einwirkungen
noch nicht entäußern können, sie hat sich noch nicht zu einer
vollkommen selbständigen, im höchsten Sinne des Wortes origi-
nellen Ausdrucksweise durchgearbeitet. Doch der Rufse
Lopatnikoff in Deutschland seine Studien beendigte, tritt
deutlich in seinen Werteutage. Man spürt aus dieser Musik
stellenweise den weitberzogenen Schwung der slavischen Musik,
gepaart mit dem tiefen Ernst und der Gründlichkeit, die uns
Deutschen auch in der Musik eigen ist. Lopatnikoff hat zu sei-
nem Klavierkonzert den ganzen großen Erchesterapparat auf-
geboten. Die Vielstimmigkeit erdrückt manches, sie wirkt
beschränkend, erregt andererseits ein lebendiges, taufendfältiges
Farbenspiel, an dem das heutige Konzertpublikum immer eine
große Freude findet. Der Mannheimer Pianist Hans Bruh
spielte das überaus schwierige Werk, das eine freundschaftliche Auf-
nahme fand, vollendet.

Mahler, der sein Werk „Das Lied von der Erde“ nicht
mehr hat erklingen hören, hat eine Reihe von chinesischen Lie-
dern ausgewählt und sie mit verbindender Musik aneinander-
gereiht. Mahler hat in seiner Musik fast immer vom Tamer
der Erde seinen Mitmenschen geklagt. Er war selbst früh welt-
müde. In seinem großen Lebensabgang löst noch einmal
Jugend, Schönheit aus dem Gefilden herüber und sein Geliebte
klingt aus in ewig — ewig — ewig. (Manda Straß hat
dieses „ewig“ rechtvollvollständig vertilgen lassen.) Das Lied
von der Erde ist Mahlers bedeutendstes Werk. Er hat darin-
nen einen Ton gefunden, der einzigartig ist, er hat eine Stim-
mung mit leuchtigen Hintergründen geschaffen, die auf den
Hörer verklärend wirkt. Mit wenigen einfachen Mitteln er-
reichte er unerhörten Klangeure und den menschlichen Stim-
men gab er eine Melodie ein, die nur aus dem tiefen Her-
zensgrund eines Tondichters quellen kann. Herr Bruh
und Kl. Straß sangen die Lieder. Bei beiden Künstlern
sich eine vollkommene Harmonie zwischen Gesang und Dich-
tung beobachten. Es war höchste Kunst was hier geboten
wurde. Nichts ein Herausstreifen aus dem Rahmen, ein voll-
kommenes Aufgehen und Einfühlen. Man wird diese Kunst-
offenbarung nicht leicht verzeihen können. Professor Schalk
steht an dem gleichen Platz in Wien, an dem früher Gustav
Mahler stand. Er hütet heute noch Mahlers Erde in der
Wiener Staatsoper. Schalk erinnert beim Dirigieren an
Mahler. Das spontane, für kurze Augenblicke hinreißende
Temperament, das Mahler beim Ausbeuten zeigte, hat Schalk
nicht, dagegen die nichts außer acht lassende Uebereinstim-
mung bei größter äußerer Ruhe macht Schalk zu einer wirklich
imponierenden Dirigentenpersönlichkeit. Der Restor unter den
großen deutschen Dirigenten, der Schalk heute ist, gebietet, um
mit Schumann zu sprechen, über jene „höhere poetische Inter-
punktion“, die nur ganz wenigen Meistern vom Stab vergönnt
ist, oder nur mit deren Hilfe es möglich ist, Mahlers Lied von
der Erde ohne jede Erdenkliche in ein verklärtes Licht zu
rücken.

Badischer Kunstverein

E. A. Weber und Reichherber sind Münchner.
Reichherbers Nachlaß hat Arbeiten aus fast allen Schaffens-
perioden des Künstlers. Es läßt sich aus diesem Uebrigem,
was hier von dem allzufrüh Dahingegangenen zu sehen ist, doch
feststellen, daß er immer auf eine neue Manier bedacht war,
um nicht einseitig zu werden. Neben der Meisterlichkeit des
Könnens bewundert man an Reichherbers großformatigem
„Schnitter“ die schöpferische Kraft des Künstlers mehr denn
irgend sonst. E. A. Weber ist ein erster Maler, der auch
dann noch gut wirkt, wenn seine farbige Note, die die Arbeiten
auszeichnet, zu stark das Dekorative betont. Das Triebstücken
interessiert, wiewohl es sich zeigt, daß er mit seiner Seele
dabei unbeteiligt bleibt. Was Greiber ausgestellt hat, ist
unterschiedlicher Art. Ausgeschiedene Ansätze hat sein Studien-
kopf, er ist solid und persönlich nüchtern. In Franz Wint-
ler er steht ein guter Kern. Wiewohl sich selbst seinem Talent eine
breitere Paß. Es wäre fädelich, wenn Wintler selbständig
noch mit akademischen Mitteln geklärt. Es liegt für Wintler
die Gefahr nahe, daß er im absolut Platonischen verfinstert.
In allem was Martin im kleinen Raum ausgestellt hat,
spürt man, daß der vielseitige Künstler keine Freude an der
Arbeit hat. Er macht sich selbst und andern Vergnügen damit.
Es ist freudig zu begrüßen, daß die Kunst Martins durch den
Stenschen badischen Volkskalender in das Volk getragen
wurde. In ihm sind die „lieben Schneider“ und sonst manch
wertvolle Arbeit aufgenommen. Der Künstler ist ungemein
distrikt mit seiner Linie, dennoch markant, wichtig farzierend.
Seine Zeichnungen illustrieren unausdrücklich, aber doch ein-
dringlich. Martins Miniatur-Stücke sind frisch und geschmei-
dig, sie sind in einer wahren Weise geschmackvoll. Der Mar-
tinische Akt trägt den Stempel der Wahrhaftigkeit. D. B.

Kleine badische Chronik

4. Heilsheim, 26. Jan. Gestern abend gegen 9 Uhr brach in der Werkstätte des Schreinermeisters Wilhelm Käfer hier Feuer aus, das aber sofort wieder auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Die freiwillige Feuerwehr von hier war sofort zur Stelle und Herr Fabrikant A. Burkhard wandte seinen Minimix mit Erfolge an.

*** Heilsheim.** Bei einem Streite, der sich zwischen noch unbekannt Personen in der Nacht auf Sonntag in der Bahnstraße entspann, wurde der 20jährige Metzgergehilfe Wilhelm Schlotter von Untertalheim von einem ebenfalls noch unbekannt Täter durch Messerstiche schwer verletzt und in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus verbracht. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. — In der Frühe des Montag versuchte ein rauflustiges Brüderpaar sich den Eintritt in einen Mastenball im Saalbau zu erzwingen, und wurde dabei verhaftet und auf die Polizeiwache verbracht. Hier versuchten die beiden alles zusammenzuschlagen und verletzten dabei die Schutzleute, davon einen so, daß er im Krankenhaus verbunden werden mußte. Das gleiche war aber auch bei einem der Romdies der Fall, der ebenfalls im Krankenhaus verbunden werden mußte, während der andere flüchtig ging. Das beide Ende dürfte noch nachfolgen.

*** Sand bei Wühl.** Nachdem dem hiesigen Landwirt Job. Urban die Schnapsbrennerei geschlossen worden war, erhielt der Zollabhandlungsdienst dieser Tage bekannt, daß Urban trotzdem brenne. Eine Untersuchung bestätigte den Verdacht. In der Rauchkammer auf dem Speicher wurde die Brennerei entdeckt. Wie man von ausländischer Stelle erfährt, soll Urban sämtliche Mengen „Schwarz gebrannt“ haben. Urban ging zunächst flüchtig. Der Knecht wurde von der Gendarmerie zunächst in Haft genommen. Am späten Nachmittag konnte die Gendarmerie auch Urban festnehmen.

*** Hausach.** Die Grippe nimmt an Ausdehnung noch zu. In einer Schulkasse von 35 Kindern erkrankten nur der sechste Teil zum Unterricht. Es wird in Erwägung gezogen, aus Vorichtsgründen die Volksschule zu schließen.

*** Gremelsbach bei Triberg.** Von der Giebelwand eines Hauses ist der schon betagte Johann Kienzler aus einer Höhe von sechs Metern abgestürzt. Er erlitt schwere Verletzungen der Wirbelsäule, an den Schultern und am Becken und wurde nach Triberg ins Krankenhaus geschafft.

*** Hornberg.** Die Erkrankungen sind hier noch in der Zunahme begriffen. Der Krankenstand weist mehr als hundert Personen auf, davon die Mehrzahl im Kindesalter.

*** Willingen.** In Verbindung mit den Grippeerkrankungen ist an der hiesigen Oberrealschule der Unterricht bis auf weiteres eingestellt. Diese Maßnahme erfolgte weniger wegen des Standes der Zahl der Erkrankungen, sondern mehr aus Gründen der allgemeinen Vorsicht.

*** Freiburg i. Br.** Im Viehstall des 37 Jahre alten Landwirts Koch in Walsingen sollte eine Milchprobe vorgenommen werden. Als zwei Kriminalbeamte den Saal betraten, schüttete K. einen Eimer Milch auf sie und bedrohte sie mit einer Wirtin. Die Beamten erstatteten darauf der vorgesetzten Behörde Meldung. Als Koch dann auf dem Markte gesehen wurde, er festgenommen und wird sich jetzt wegen Verstoßes, Beamteneleidigung und Bedrohens verantworten müssen.

*** Nidenbach bei Säckingen.** Im Laufe einer ehelichen Auseinandersetzung, bei der es zu Tätlichkeiten kam, wurde der Landwirt Ferdinand U. von seiner Frau, wie es heißt, in den Rücken so geschlagen, daß er mit einem Schädelbruch in das Säckinger Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Wie verlautet, soll der Mann ein Trinker sein.

*** Mannheim.** Festgenommen wurde am Samstag von der Kriminalpolizei ein 25 Jahre alter lediger Arbeiter von Ludwigshafen, der vor einiger Zeit mit noch verschiedenen, bereits festgenommenen Komplizen im Rheinlande falsche Zweimarkstücke anfertigte und diese in den Verkehr brachte.

*** Mannheim.** Ein 24 Jahre alter lediger Kaufmann hat am Samstag in seiner Wohnung in der Schwetzingerallee eine zu große Menge Schlafmittel eingenommen, so daß er im bewußtlosen Zustande nach dem städtischen Krankenhaus überführt werden mußte. Dort ist er gestorben.

*** Welsheim.** Am Samstag nachmittag fiel Landwirt Karl Fink von Godeslohn herunter. In schwer verletztem Zustande wurde der Verunglückte durch die Sanitätskolonne ins Krankenhaus überführt.

SPD. Singen, 26. Jan. (Ein. Meldung.) Heute nachmittag wurde hier im Württemberg Wald hinter der Eisenbahnkolonie der 41jährige Eisenbahnarbeiter Valentin U. im Verlauf einer Auseinandersetzung von dem 24jährigen Forstwärter Salzer aus Säckingen erschossen. Der Täter stellte sich sofort der Gendarmerie. Er wäre im anderen Falle wahrscheinlich leichtweg entkommen, da U. allgemein als stiller und friedliebender Mensch, der rührend für seine starke Familie sorgte, bekannt ist. Dem Forstwärter sagt man dagegen überall rücksichtsloses und taktloses Benehmen nach. Talsegen waren leider nicht vorhanden.

5. Schweizer Grenze. Der Gemeindefiskal von Herisau, Heinrich Käfer, hat durch Unterschlagung die Gemeindefiskale um 73 505 Franken geschädigt. Das Kriminalgericht von Appenzell-Außers Rhoden hat den unehrlichen Gemeindefiskal zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus und 9 Jahren Ehrverlust verurteilt. Von der verurteilten Summe konnten 16 792 Franken wieder beigeklappt werden. — Der Arbeitsmarkt der Schweiz Ende Dezember war wie folgt: Bei den Arbeitsämtern waren 17 000 Stellensuchende eingeschrieben, gegen 16 366 Ende November; die Zahl der offenen Stellen betrug 1303, gegenüber 1287 Ende November. Die verringerte Bautätigkeit ist die Ursache des Steigens der Arbeitslosigkeit, denn die Zahl der arbeitslosen Bauhandwerker stieg von November auf Dezember um 1618 Arbeitslose. Dagegen hat die Zahl der übrigen Berufsgruppen abgenommen, besonders in der Textilindustrie. In den Städten ist die Arbeitslosigkeit am größten. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit allein in den Städten Zürich, Bern und Basel betrug 1981, in der ganzen übrigen Schweiz 453. — Bei einer Konferenz rheinländischer Gemeinden in Rheinfelden, wobei über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr beraten wurde, wurde ein Beschluß gefaßt, daß weitere Erleichterungen eintreten sollten. Es kann erwartet werden, daß solche in nächster Zeit erfolgen. Die deutschen Verwaltungen stehen schon lange auf diesem Standpunkt.

Reichsveranstaltung des Süddeutschen Rundfunks. Im Anschluß an die am Mittwoch, 26. Januar, nach dem Sonderkonzert des Philharmonischen Orchesters Stuttgart vorgeesehenen Versuche der Hochfrequenzkommission des Württembergischen Elektrotechnischen Vereins zur Feststellung der Reichweite des Stuttgarter Senders von 11.30—12 Uhr nachts der bekannte Vortragshilfster Genff. Georgi im Süddeutschen Rundfunk ein Gastspiel mit seinem beliebtesten heiteren Programm geben.

Gefälschte Schweizer Banknoten

W. B. Freiburg i. Br., 26. Jan. Vor einigen Tagen waren in Donaueschingen und in Basel Personen unter dem Verdacht verhaftet worden, schweizer Banknoten hergestellt und in den Verkehr gebracht zu haben. Die Schweizerische Devisenagentur erklärt hierzu, daß auf dem Bahnhof Willingen Ende Dezember zwei Koffer abgegeben worden seien, die am 15. Januar geöffnet wurden und in denen sich Werkzeuge und Materialien zur Herstellung von Banknoten befanden. Es handelte sich dabei um eine photographische Platte mit dem Bilde der Schweizer 50 Frankennote. Gleichfalls aufgefundenen Papiere gaben Anlaß zu der Verhaftung des 29jährigen Franz Mutter in Donaueschingen und des 28jährigen Fritz Bühler. Mutter hat nunmehr gestanden, mit seinem Komplizen 110 falsche Noten unter Mithilfe eines in Donaueschingen gleichfalls verhafteten August Simon, der wegen Falschmünzerei bereits mehrmals vorbestraft ist, hergestellt zu haben. Die Noten hat Bühler zum Teil in Zürich, St. Gallen und Basel abgesetzt. Der Rest wurde in Basel gefunden. Das gerichtliche Verfahren findet in Donaueschingen statt.

Markt und Handel

*** Karlsruher Schlachtviehmarkt** vom 24. Januar. Zufuhren: 47 Ochsen, 36 Bullen, 24 Kühe, 98 Färsen, 45 Kälber, 388 Schweine. Preise: Ochsen: 57—58; 56—57; 55—56; 54 bis 55; 52—54; 50—52. Bullen: 53—55; 52—53; 50—52; 48—50. Färsen: 57—60; 50—57. Kühe: 30—40; 20—30; Kälber: 72—76; 66—70. Schweine 76—78; 75—76; 74—75; 73—74; 72—73. Beste Qualität über Notis bezahlt. Marktverlauf langsam, der Markt wurde nicht geräumt.

Aus der Stadt Durlach

Viehmarkt am 26. Januar. Aufgetriebene Tiere: 66 Kühe, 32 Kälbinnen und Kinder (Zugvieh), 16 Kälber; verkaufte Tiere: 54 Kühe, 26 Zugvieh, 16 Kälber; häufigster Preis: Milchkühe 700 M., Zuchtkühe 750 M., Kälbinnen (trächtigt) 600 M., Kälbinnen 300 M.; niedrigste Preise: Milchkühe 600 M., Zuchtkühe 700 M., Kälbinnen (trächtigt) 550 M., Kälbinnen 250 M.; höchste Preise: Milchkühe 800 M., Zuchtkühe 800 M., Kälbinnen (trächtigt) 650 M., Kälbinnen 400 M.

Schweinemarkt vom 26. Januar. Angefahren wurden: Milchschweine 140, Käufer 89; verkauft wurden: Milchschweine 130, Käufer 70; häufigster Preis pro Paar: Milchschweine 50 M., Käufer 80 M.; häufigster Preis: Milchschweine 45 M., Käufer 60 M.; niedrigster Preis: Milchschweine 35 M., Käufer 50 M.

Gerichtszeitung

Der verübte Mord — Wieder stellen, als mit 20 M. Wochenlohn auskommen.

Im Karlsruhe, 25. Jan. Das Amtsgericht beschäftigte sich heute mit dem Provisionsreisenden Emil Han aus Frankfurt a. M., der in Gebrauchsgegenständen für das Hotelgeschäft reiste. Um seinem Budget etwas auf die Beine zu helfen, verübte er seinen Mordtäter, der mit seinem Anbalt an Bekleidungs-, Kaffeemaschinen und sonstigen Lebewerten über 1000 Reichsmark wert war. Außerdem kassierte er im angegebenen Zeitraum seiner inwärtigen in Kontursverfallen Firma Beträge bis zu vierhundert Mark, wobei er den Zahlenden verweigerte, das ihm die hierzu nötige Inkassomacht fehlte. Der dritte Fall im Kleeblatt seines Sündenregisters betraf die Veräußerung eines Fahrrads. Dieses hatte er gegen Anzahlung — es gibt nun mal so entseemkommende Geschäfte — gekauft. Er hätte darüber aber nicht verfügen dürfen, denn es rubte auf ihm noch der Eigentumsvorbehalt des Fahrradhändlers. Für diese Straftaten erhielt der Angeklagte Gelegenheit gehmonatigen Nachbessens im Gefängnis. — Der nächste Angeklagte hat auf diese Art schon viel nachgedacht und zwar nicht weniger als 8 Jahre im Zuchthaus, wobei er wegen Straßenraubs gefangen war. Vier Jahre waren ihm auf Wohlverhalten geschenkt. Aber der Angeklagte, der 34 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Jakob Emig aus Mannheim, zeigte sich dieses Geschehens wenig würdig. Er hatte nach seiner Strafenlassung das Glück, bei einem hiesigen Schlossermeister mit 20 M. Wochenlohn unterzukommen. Aber mit 20 M. konnte er nicht auskommen. Es scheint, der Angeklagte arbeitete nicht gerne und wollte lieber wieder ins Zuchthaus. Er stahl aus einem Auto, das ohne Führer auf der Straße stand, eine Rührbede und einen Koffer, was zur Folge hatte, daß er sich heute wiederum vor Gericht zu verantworten hatte. Mit Rücksicht darauf, daß bei ihm Rückfall vorliegt, lautete die Strafe für ihn auf ein Jahr Gefängnis. Gleichseitig werden die feinerseitig ausgesetzten vier Jahre Zuchthaus fällig, so daß er jetzt wegen des Diebstahls insgesamt fünf Jahre verbüßen muß.

Autoschlüssel und Zollhinterziehung.

hd. Rehl am Rhein, 25. Jan. Vom Schöffengericht wurden wegen verbotswidriger Einfuhr von 15 Kraftwagen in Lateinbrett mit Zollhinterziehung der Automobilhändler Emil Gretzel-Offenbata und der Mechaniker Karl Greißler in Remagen zu je 180 000 Reichsmark Geldstrafe evtl. 1 Jahr Gefängnis; der Smeineur Arthur Schweitzer-Berlin wegen Anfertigung dazu zu 90 000 Reichsmark Geldstrafe evtl. für je

50 Reichsmark 1 Tag Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde die Beschlagnahme von sechs fahrgestellten Autos verurteilt, ferner die beiden Gretzel für neun nicht ermittelte Wagen zum Wertersatz von 54 000 Reichsmark verurteilt.

Die Angeklagten hatten es unternommen, im Jahre 1925 aufgrund von Reichskommissar ausgeteilt auf „Saisa-Automobile“ lautender Einfuhrbewilligungen 15 „Aries“-Automobile in das deutsche Zollgebiet einzuführen. Diese „Aries“-Wagen wurden mit Erlaubnis der Arieswerke in Paris als „Aries“ am französischen Zoll deklariert, um der Fabrik die Rückerstattung der Zugssteuer zu ermöglichen. Auf der Rheinbrücke, d. h. zwischen dem deutschen und französischen Zoll wurden sämtliche Aries-Kennzeichen entfernt und durch in Straßburg anfertigte „Saisa“-Kennzeichen ersetzt, um erstens den „Saisa“-lautenden Einfuhrbewilligungen zu genügen, zweitens den deutschen Zoll zu täuschen und drittens „Aries“-Wagen weit über das Kontinent in Deutschland einzuführen. Außerdem wurden, um die bedeutend niedrigeren Zölle der Zolltarife über 1000 Kilogramm zu erreichen, die Wagen in einer Werkstätte in Straßburg mit einer zweiten, so sogar teilweise mit einer dritten Batterie beschwert, die ganz deßhalb angebracht waren. Dadurch wurde erreicht, daß das Normalgewicht der Wagen von 970 Kilogramm auf über 1000 Kilogramm gebracht wurde, was als vorläufige Zollbefreiung erachtet wurde.

Die Beweisaufnahme erbrachte in vollem Umfang den Tatbestand der Unlage, weshalb auf die vom Hauptdolant über ausgesetzten hohen Geldstrafe ohne Einschränkung erkannt wurde. Ein Angeklagter, der die Zollabfertigung befragenden Expeditionsfirma „Intercontinental“ Berlin, der um die unlauteren Manipulationen mußte, war wegen Zollbetrughaftung zu einer Geldstrafe von 14 800 Reichsmark verurteilt worden. In der Verhandlung wurde die Firma für diese Strafe ihres Angeklagten in vollem Umfang haftbar erklärt, da sie es an der nötigen Sorgfalt habe fehlen lassen und besonders dem sich bereits in gefährlicher Stellung befindlichen Angeklagten die Zollvollmacht nicht entzogen habe. Es wurde deshalb auf Strafbekretungspflicht der Firma erkannt. Der Angeklagte Schweizer hatte die Einfuhrbewilligungen als angestrichelter Generaldirektor der Saisawerke-Paris vom Reichskommissar erhalten. Nachdem das Geschäft mit „Saisa“ aber nicht zustande kam, wurden diese Einfuhrbewilligungen nach vorheriger Verständigung mit den Arieswerken der Firma Grethel-Offenbata gegen prozentuale Beteiligung am Umsatz und Gewinn übertragen, was aufgrund der Einfuhrbestimmungen verboten und strafbar ist.

Aus der Partei

Söllingen. Sonntag, 30. Januar, findet im „Feldschützen“, mittags 2 Uhr, die Generalversammlung der Sozialdem. Partei statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Reudorf (M. Bruchsal). Wir machen auf den am Freitag, 28. d. M. (nicht Samstag) stattfindenden öffentlichen Vortrag des Gen. Regierungsrat Dietrich-Karlsruhe über „Erwerbslosenfürsorge oder Arbeitslosenversicherung“ ganz besonders aufmerksam. Der Vortrag findet abends 8 Uhr im „Gambirius“ statt. Die Genossen werden erüdt, für guten Besuch dieses interessanten Vortrags in allen Kreisen zu werden.

Nationale Bildungsarbeit. Es ist eine der bedauerlichsten Erscheinungen in der vielfachlichen Kulturarbeit der proletarischen Organisations, daß trotz aller Bemühungen, die vor- und Mäße im zweifachen Reibebereicharbeiten vergeblich wird. Eine nationale Ausgestaltung der Bildungs- und Kulturarbeit ist deshalb dringendes Gebot der Stunde. Dieses Thema behandelt sehr eingehend Otto Jensen in seinem Aufsatz „Nationalisierung der Bildungsarbeit“ in dem loeben erschienenen Jahrbuch der „Arbeiterbildung“. Seine Ausführungen sollten von allen unteren Bildungsfunktionen beachtet werden. — In derselben Nummer der „Arbeiterbildung“ behandelt Genosse Fritz Karfen das Thema der Konfessionalisierung der Lehrerbildung, die eine große Gefahr für das Volksschulwesen darstellt. Vollständig aktuell ist ferner eine ausführliche Redebeiträge von C. Wierendorf über „Reichswehr und Republik“, die eine Fülle von geschichtlichem und statistischem Material zu dieser Frage bringt. Ferner enthält die Nummer Beiträge von Adolf Johannesson „Aus der Werkstatt der Sozialdem.“, A. Birbaum über „Wochenlohn“ sowie Vorträge über die Abhaltung sozialistischer Kunst- und Unterhaltungsabende. — Das gleichzeitig erschienene Jahrbuch der „Arbeiterbildung“ bringt einen größeren Leitartikel von Alfred Braunthal über „Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie“, in dem die bedeutendsten Strömungen der gegenwärtigen Nationalökonomie geschildert und die wichtigsten wirtschaftstheoretischen Schriften gekennzeichnet werden. Zahlreiche Vorträge von Neuererungen aus dem Gebiet der erzählenden Literatur, der Geschichte, Kommunalpolitik, Literaturwissenschaft, Naturkunde, Politik, Sozialpolitik, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft beschließen die reichhaltige Nummer. — Die „Arbeiterbildung“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1.50 M für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 P. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Knorr

Haferflocken

Merkmale: Angenehmer feiner Geschmack — schnell kochend — ausgiebig — frei von Hülsen — nur in Paketen mit dem roten Streifen: Leicht quellend, milchig-süß, Vitamine —

Anmerkung: Unsere Vorfahren haben sich Jahrhunderte lang von Haferspeisen ernährt. Die jetzige Generation muß sich auch wieder mehr an diese gesunde und kraftspendende Nahrung gewöhnen.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 27. Januar
Geschichtskalender

27. Januar, 1756 *Komponist Amadeus Mozart. — 1775 *Philosoph B. W. Jos. v. Schelling. — 1808 *Schriftsteller D. Friedrich Strauß. — 1824 *Holländischer Maler Josef Israels. — 1826 *Russe revolutionärer Satiriker Saltykow. — 1850 *Bildhauer Gottfried Schadow. — 1901 *Komponist Giuseppe Verdi. — 1922 *Sozialistin Luise Diew.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Mühlburg. Samstag abend 8 Uhr im Gasthaus am Jägerhaus sehr wichtige Funktionärsversammlung. Erörterten sämtlicher Vertrauensleute und Unterläufer unbedingte Notwendigkeit.

Soz. Frauenaktion — Unterhaltungsabend. Wie bereits mitgeteilt, findet aus Anlass des vom 27.—29. Januar stattfindenden Frauenfurses am Samstag abend, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ ein Unterhaltungsabend statt. Das Programm enthält für einige genussreiche Stunden. Die Genossinnen und Genossen heißt ihren Angehörigen werden um zahlreichem Besuch gebeten.

Der Mann, der den Kopf schüttelte

Er stand an der Schaltstelle der Elektrischen und las ein bürgerliches Blatt. Ich stand hinter ihm und sah zu.

Es gibt kaum eine nützlichere Beschäftigung in solchen Pausen des Alltagslebens zwischen Arbeitsstätte, Dienstweg und hastendem Karm, als den Mitmenschen einen Augenblick in seinem Tun und Lassen einordnen zu betrachten. Wir haben ja allzu blind aneinander vorbei und wissen darum so wenig von der Psyche der Zeitgenossen! Wir haben ja keine Augen für die Mitleid und Freuden des anderen, keine Zeit, die Schönheit eines Mienenzieles, das Charakteristisches einer unbeschriebenen Karte in uns aufzunehmen und daran Menschenkenntnis und Wissen von der individuellen Not dieses kapitalistischen Zeitalters zu feiern. Aber so in einem Moment unzeitweiliger Pause fällt unser Blick wohl auf irgendein Gesicht und mit einmal entwirrt sich uns ein Stück menschlichen oder sozialen Geschehens.

Mein Nachbar stand und las in seinem Blatt, ich sah ihm halbwegs über die Schulter, suchte zu erkennen, was er gerade las und verfolgte in seinen Gesichtszügen nach dem Eindruck, den das Gelesene da hinterließ. Es mußte ein Reisender oder Kaufmann sein, schätzte ich, seinen Anzug betrachtend. Aber sein Gesicht war gefurcht und wie weitergegrübelt; der Mann muß weit herumgekommen sein, ging es mir durch den Kopf — als ich mit einmal durch sein Benehmen aus meinen Spekulationen über Schicksal und Person meines Unbekannten gerissen wurde.

Er schüttelte den Kopf, halb unwillig und geärgert, halb ironisch und desultorisch. Er sah ein lazes Lachen aus, roffte hastig die Mäntel seiner Zeitung zusammen, steckte sie ein und machte eine kurze Wendung, als wollte er weitergehen. In diesem Augenblick aber sprach ich ihn an. Ich weiß nicht, woher mir der Mut kam, aber ich hatte so stark den Eindruck, daß der Mann sich lieblich über irgendwas, was in diesem reaktionären und fastjam kapitalistischen Organ stand, geäußert hatte, daß ich teils aus Neugier, teils aus lokalem Interesse mich nicht enthalten konnte, ein Gespräch zu beginnen, möchte es ausgehen wie nur immer.

„Da steht wohl wieder ein netter Kohl drin?“ sagte ich leichtsin, um im nächsten Augenblick diesen Gesprächsbeginn schon sehr eunamt zu finden. Aber diese Verjorant war ebenso kurz wie unbegründet: mein Mann rümpfte sich, sah mich einen Moment an und antwortete dann unangewungen und kameradschaftlich. Eine Darstellung der Verhältnisse über Amerika und Mexiko war ihm ins Auge gefallen, er war aber „drüber“ gewesen und konnte sich aus. Zufällig erinnerte ich mich sofort, in unserem Parteiblatt jüngst etwas in der Sache gelesen zu haben. Ich forderete meinen neuen Bekannten nach kurzer Unterhaltung auf, eben den kleinen Umweg an der Geschäftsstelle vorbei mit mir zu machen, ging schnell hinein und brachte ihm die Nummer mit dem Artikel.

Weiter brauche ich von dem kleinen Erlebnis nichts zu berichten. Wir tranken noch ein Glas Bier aufammen. Es stellte sich, als er unser Parteiblatt dabei sah, heraus, daß es die Dinge seiner Erziehung nach viel zutreffender schätzte, und als wir uns trennten, hatte ich den bestimmten Eindruck, erfolgreich auf Aitiation gewesen zu sein.

Und ich bin überzeugt, es gibt eine Menge Menschen, die schon wie meine zufällige Straßenbekanntschaft den Kopf geschüttelt haben. Es gibt sie alle Tage! Nur treffen sie nicht immer jemand, der ihnen das Bessere zeigt: das Arbeiterblatt!

Ablauf wichtiger Fristen bei der Lohnsteuer

Das Reichsfinanzministerium weist auf Folgendes hin: 1. Arbeitnehmer, die wegen Verdienstaufstalls oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse den Antrag auf Erstattung von Lohnsteuer stellen können, müssen dies bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben, tun. Fristverlängerung hat Ablehnung des Erstattungsantrages zur Folge. Die Einzelheiten ergeben sich aus einem Merkblatt, das ebenso wie Vorbrude zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstaufstall gestützt werden, bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich ist. 2. Arbeitgeber, die im Kalenderjahr 1926 die Lohnsteuer ihrer Arbeitnehmer in Bar oder durch Ueberweisung an das Reich abgeführt haben, müssen bis zum 31. Januar dem Finanzamt an das die Lohnsteuer abgeführt worden ist, Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen nach vorzugeschiedenen Mustern, die bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich sind, einreichen. 3. Arbeitnehmer, für die im Kalenderjahr 1926 Steuermarken ver-

wendet worden sind, sind verpflichtet, ihre Steuermarken für 1926 mit den mit Marken belegten Einlagebogen bis zum 31. Januar 1927 bei dem Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 gewohnt haben.

(1) Wichtig für Fürsorgeempfänger! Vom 1. Februar ab wird die Abteilung „Ergänzende Erwerbslosenfürsorge“ des städt. Fürsorgeamtes im ehemaligen Garnisonslazarett aufgestellt. Erwerbslose, die sich infolge besonderer Umstände in außerordentlicher Notlage befinden, können Anträge auf Zusatzunterstützung beim Fürsorgeamt A stellen. Die Unterbringung der Abfertigungsabteilungen des Fürsorgeamtes A ist aus der in der heutigen Nummer enthaltenen Bekanntmachung des Herrn Oberbürgermeisters ersichtlich.

(2) Süddeutscher Rundfunk, Vespereinstellung Karlsruhe. Am heutigen Donnerstag findet wieder eine Uebertragung aus der hiesigen Vespereinstellung statt. Es wird zum erstenmal von hier ein „Sprechspiel“ gesendet. Es wird dabei ein Versuch gemacht, der wohl noch nicht oft angestellt wurde. In der Erkenntnis, daß ganze Dramen zu ermüdend sind, werden aus der „Sprechspiel“ von Goethe die schönsten Partien gesprochen und dabei der Gang der Handlung durch kurze verbindende Text deutlich gemacht. Geeignete Gesellschafter zwischen den Akten treten an die Stelle der stimmunggebenden Momente der Bühne. Es wirken mit: Eleonore Fein, Felix Baumbach, Stephan Dahlen, Waldemar Leigeb vom Landestheater und Hans Blum. Den musikalischen Teil bestreiten Konzertmeister Trautvetter und Kapellmeister Stern. Dieser Abend ist die vierte künstlerische Uebertragung im Januar. Einem „Sprechspiel“ am 9. unter Mitwirkung von Kelly Schläger, Karlheinz Löfer, Ida und Karlheinz Köbele, Hans Blum und der Volkstheaterkapelle folgte am 13. ein „Verdi-Abend“ ausgeführt von Marie Fanz, Magda Strad, Jan van Gorkom, Wilhelm Rentwig und Joseph Keilbert jr. Ferner wurde am 17. das „Volkstümliche Sinfoniekonzert“ des Landestheaterorchesters unter Leitung von Kapellmeister Knöll auf die Stuttgarter und Freiburger Sender übertragen. Außerdem sprach am 2. Ministerialrat Professor Dr. Fisch über das Reichsgericht. Sei vierzehn Tagen finden allmählich die dramaturgischen Funktionen des Bad. Landestheaters statt, in denen abwechselnd die Dramaturgen und Spielleiter des Landestheaters über den Spielplan und wichtige Neueinstudierungen sprechen. Kommen Sonntag bringt Karlsruhe die erste Dichtertunde, in der Heinrich Bierordt aus seinen Werken lesen wird.

Der Zentralverband der Hotels, Restaurant und Kaffeeangestellten, Zweigverein Karlsruhe, veranstaltet am Mittwoch, den 2. Februar, in den feierlich geschmückten Sälen des Restaurants „Friedrichshof“ Karl Friedrich-Strasse einen Maskenball. Ein besonderer Gedanke ist demselben nicht zugrunde gelegt, um niemanden Fesseln bei der Kostümierung anzulegen. Eine ganz besondere Uebertragung wird die allgemeine Faschingsstrauung bringen, jedoch eine rege Beteiligung die Feststimmung erheben wird. Antikostüm Masken wird der Zutritt verweigert. Darum, auf zum Maskenball der Gastwirteangestellten. Näheres Inserat und Plakatausgang. J. H.

(3) Der Stenographenverein Karlsruhe 1897 e. V. hielt am 19. ds. Mts im Vereinslokal „Palmgarten“ seine diesjährige Generalversammlung ab. In seinem Jahresbericht stellte der geschäftsführende Vorsitzende einen erfreulichen Fortschritt im Vereinsleben fest. Das feste Stammesmitgliedertum sei vor allen Dingen auf die selbstbewußt durchgeführten und daher immer gut beludeten Anfänger-, Fortbildungs- und Redeschulungskurse zurückzuführen. Neue Stammesmitglieder seitens der Mitglieder finden auch die jeden Dienstag und Freitag, abends von 8—9 1/2 Uhr, in der Gartenschule gebotenen Diktatanden für alle Stützgruppen beider Systeme (Einheit und Stolze-Schrey); deshalb konnten auch einige Teilnehmer mit Steigerungsprämien ausgezeichnet werden. Das anlässlich der Weihnachtsfeier, in deren Mittelpunkt die Preisverteilung für das Jahresabschlussheft stand, von einigen hiesigen Firmen befundete Interesse wurde besonders anerkannt. Nach Anhörung des Jahresberichts erstellte die Versammlung dem Gesamtverband Entlastung und schritt alsdann zur Neuwahl des bisherigen Vorstandes für das Jahr 1927, in dem der Verein sein 30jähriges Bestehen feiern kann.

Drittes Paganini-Konzert. Am Freitag findet in der Eintracht der dritte Paganini-Abend statt, der von Dr. Brudner mit dem Orchester des Munschen Konservatoriums veranstaltet wird. Der umgeborenen technischen Schwierigkeiten wegen hört man die Paganini-Werke nur äußerst selten im Konzertsaal. Dr. Brudner spielt zu diesem Abend das Konzert in G-moll, die sog. Kapellon-Sonate und das D-Dur-Konzert. Die beiden ersten Werke sind bis heute noch nicht im Druck erschienen. Dr. Brudner hat für diese Konnohnschaft das alleinige Aufführungsrecht. Die Eintrittspreise zu diesem Konzert sind so niedrig bemessen, daß jedermann in der Lage ist, sich die Werke anzuhören. Dr. Brudner ist bekanntlich einer der bedeutendsten Paganini-Interpreten. (Siehe Inserat.)

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Carmen“. Von 7.30 bis 10.30 Uhr.
Bad. Volkstheater (Konzerthaus): „Die weiße Schwanke“. Abends 8 Uhr.
Unterhaltungs: „Die Nächte einer schönen Frau“. Besiprogramm. Colosseum: Abends 8 Uhr: „Die Tugendprinzessin“. Neue Länge.
Kammer-Vorstellung: „Madame wünscht keine Kinder“. — Wochenchau.
Reizend-Vorstellung: „Ben Hur“.
Palast-Vorstellung: „Die geschiedene Frau“. Bobbi und der Druckfertiger. Ufa-Wochenchau.
Weltkino: Drei ehrlich Bonbonen. Farmer wider Willen.
Atlantik-Vorstellung: Dr. Rabuse, der Spieler. 1000 Schritte Charleston.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

2. Kameradschaft. Freitag, 28. Januar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Karlsruhe“, Rheintstraße, Kameradschaftsversammlung. Volkstümliches Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Teufelsheuerent. Am letzten Sonntag hielt die Sozialdemokratische Partei ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, die sehr schön besucht war — hatten es doch nicht einmal alle Bürgerauschussmitglieder für nötig befunden, in der Versammlung zu erscheinen —, das ist tief beschämend. Die Tagesordnung umfaßte nur 3 Punkte. Nachdem der erste Punkt erledigt war, ohne größere Aussprache, ging es an Punkt 2: Neuwahl des Gesamtvorstandes. Der einmütige Wunsch der Versammlung, die alle Verwaltung wiederauswählen, wurde nach anfänglichem Widerstand seitens der zu Wählenden vollzogen, so daß die Verwaltung sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Otto Lindert, 2. Vorsitzender Adolf Nagel, Schriftführer Heinrich Schöck, Kassierer Hermann Zimmermann, Beisitzer Max Weiß und Karl Weisner. Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden und des Fraktionsgeschäftsführers wurde bis zur nächsten Fraktionsversammlung vertagt. Unter Punkt 3, Bericht über den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal zur „Blume“ einen „Familienabend“ abzuhalten, worauf heute schon aufmerksam gemacht wird. Es konnten auch neun neue Mitglieder in der Versammlung aufgenommen werden, was trotz der Faulheit des Veranlassungsbedarfs als gutes Omen betrachtet werden kann. Im Schlusswort wies der Vorsitzende darauf hin, daß es im kommenden Jahre unbedingt anders werden muß und daß durch mehr Aktivität auch die säumigen und interesselosen Mitglieder aufzurütteln werden müssen, wie überhaup auch darauf gesehen werden sollte neue Mitglieder der Partei zuzuführen. Die Versammlung wurde um 8 Uhr abends geschlossen.

Kriegslingen. Die Sozialdem. Partei hielt am Sonntag, 23. Januar, nachmittags 8 Uhr, in der Wirtschaft am „Reichshof“ ihre ordentliche Generalversammlung ab, die leider wieder einmal sehr schlecht besucht war; nicht einmal alle Mitglieder der Bürgerauschussfraktion betrachten es als ihre Pflicht und Selbstverständlichkeit, an der Generalversammlung teilzunehmen. Den Geschäftsbericht erstattete der bisherige Vorsitzende Gen. Weisner, wobei er die Arbeiten der Partei einschließlich des Volksbegehrens, des Volksentscheides und der Gemeindefragen, sowie die Gemeindefragen im vergangenen Jahre kurz streifte. Von seinen Ausführungen wurde ohne Diskussion Kenntnis genommen. Der Bericht des Kassiers wurde ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen. Bei Punkt „Neuwahl“ erklärten sowohl der Vorsitzende Gen. Weisner als auch der Kassier Gen. Stauch, daß sie sich für das kommende Geschäftsjahr nicht mehr für eine Mitarbeit in der Vereinstellung entschließen können. Nachdem dem Genossen Weisner für seine Parteilichkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen war, wurde der Genosse Emil Häsel zum 1. Vorsitzenden gewählt, während sich Gen. Weisner bereit erklärte, dem Gen. Häsel als 2. Vorsitzender beizugehen, die Kassiergeschäfte weiterzuführen, als Schriftführer fungieren der Genosse Henne weiter. Anstelle des Schriftführers Kauf, der dringend darum bat, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen, wurde der langjährige Parteigenosse Ludwig Dürr, der früher lange Zeit die Kassiergeschäfte führte, für das Amt eines Stützführers gewonnen. Wer in den letzten Jahren in Vereinstellungen tätig war und insbesondere, wer die Beiträge einzuschieben hatte, weiß, welchen Dienst im Interesse der Partei der Gen. Dürr wieder auf sich genommen hat. Es sei ihm an dieser Stelle dafür gedankt, daß er sich noch einmal der Partei für diesen mühevollen Posten zu Verfügung stellte. An alle Mitglieder der Partei geht bei dieser Gelegenheit der Hinweis, daß dem Gen. Dürr seine Arbeit zu erleichtern, also die Beiträge zur Verfügung zu halten, daß er nicht mehrere Mal wegen deselben Beitrags in ein und dieselbe Wohnung laufen muß. Es sei sicher nicht veranlagt, daß es nicht immer ganz leicht ist, die Beiträge zu zahlen; allein bei einigermaßen gutem Willen dürfte es sich schon ermöglichen lassen, die Beiträge am Fälligkeitstage zu bezahlen, und wenn es wirklich einmal nicht gehen sollte, dann hat sicher niemand, auch nicht der Stützführer, etwas dagegen, wenn er dann eben noch einmal kommen muß.

Es sei an dieser Stelle bemerkt, daß ein oder der andere Genosse schon daran Kritik geübt hat, daß der Verein in letzter Zeit keine öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere keine Volkshilfsveranstaltungen abgehalten hat. Bei näherer Betrachtung dürfte mancher dieser Genossen anderen Sinnes werden. Zunächst ist zu bemerken, daß seit dem letzten Späthjahr andauernd Abendunterhaltungen, Weihnachtsfeiern, Winterhälle und wie die Veranstaltungen der zahlreichen hiesigen Vereine alle genannt werden, stattfinden, an denen sich die Bevölkerung im allgemeinen und die Parteigenossen und Volkshilfsfreunde im besonderen mehr oder weniger beteiligen. Die Partei konnte unter diesen Umständen nicht gut noch eine oder mehrere Parteiveranstaltungen dazwischen schieben, schon mit Rücksicht auf die ohnedies beschränkten Mittel der arbeitenden Bevölkerung, die auch an den oben genannten Veranstaltungen, sei es aus Interesse am Verein oder sei es aus der Sucht nach frohen und heiteren Stunden, teilnehmen wollten. Und bekanntlich steht die große Masse heute immer noch eine leuchtend glühende Veranstaltung über einen Ball eines Volkshilfsabends vor. Leider! Welcher der Genossen, die daran Kritik übten, daß nicht mehr Veranstaltungen von der Partei angeleitet worden sind, gibt der Vereinstellung die Garantie, daß die Veranstaltungen unter den obwaltenden Umständen gut besucht gewesen wären? Daß der Partei durch eine solche behutsame Vereinstellung nicht gedient ist, dürfte jedem einleuchten; auch für die immer anwesenden Parteigenossen ist es kein erhebendes Gefühl, auszuüben und sehen, wie ein auswärtsiger Referent vor leeren Bänken spricht. Jeder Parteigenosse sollte sich nun die Gewissensfrage stellen, ob er nicht schon sehr viel vermag hat und in Beantwortung dieser Frage seine Person in erster Linie in den Dienst der Sache stellen, dann wird es auch in Kriegslingen wieder besser werden. Die Partei wird demnächst einen Familienabend für Parteigenossen und Volkshilfsfreunde und deren Frauen veranstalten. Es wird sich dabei zeigen, ob die Mitglieder der Partei hinter der neuen Vereinstellung stehen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Freitag, 28. Januar: Keine wesentliche Änderung.

Altschülers 10 Billige Tage

Für die Dame und Hausfrau
El. Hochsch. Spangenschuhe
prima Qualität und 4.95
Ausführung Nr. 5.95
Neu: Lack-Spangenschuh
Gummis el. Strohhalm
Blonde Gebreuer Spangenschuhe m. Kautschuk
hochmod. Modelle Nr. 8.95
Klebröhre Spangenschuhe
verriegel. mod. Design
reichlich billig 0.79
Hochlebr. braune Vogelfuß-
Damen-Spangenschuhe
(Einzelpaare) 5.95

Die Sensation für Karlsruhe!

Für den Herrn	Für Kinder
Herren-Hindboxstiefel weiß gebleicht, be- lieber Strohhalm Nr. 6.95	In Hindbox - Kinderstiefel bequeme Form 25/26 3.98 28/24 3.50
Herren - Hindbox - Halb- schuhe, weiß gebleicht, elegante Form, beste Verarbeitung 7.95	Sehr nette Hochschreuer- Spangenschuhe prima Qualität Größe 27/35 3.98
Räucher-Arbeitschuh sehr gute Qualität 7.95	Elegante Hindbox-Strapen- stiefel, weiß gebleicht, beste Verarbeitung Größe 36/39 7.95

R. Altschüler

G. m. b. H.
Karlsruhe
Schützenstr. 50 Kaiserstr. 118

Für Sport, Turnen und Spiel
Hindbox-Sportstiefel mit Doppelsohle, geflocht. Latsche, wasserfestes Futter 9.85
Hindbox-Sportstiefel mit Doppelsohle, weiß gebleicht, wasserfestes Futter 10.50
Zurufschuhe, verschiedene Ausführungen von Nr. 1.75 an
Zurufstapfen von Nr. 0.60 an

Colosseum. Es wird uns mitgeteilt, daß es der Direktion gelungen ist, das bekannte Ballett der Baronelle Lesfère aus Paris für ein Gastspiel vom 24. bis zum 31. Januar zu gewinnen. Das Ballett tritt allabendlich mehrmals als Einzige in der Operette die Tugendbrinselein auf und zeigt wirklich reizende Tänze der Erotik und Ekstase, so daß jeder Besucher auf seine Kosten kommt.

(-) **Heimarbeitswindel.** „Nebenverdienst durch Heimarbeit“ oder so ähnlich lauten gewöhnlich Anzeigen, die gewisse Schwindelfirmen in die Zeitungen lancieren. In den Anzeigen selbst ist die genaue Art der angeblichen schriftlichen Heimarbeit nicht angegeben. Den sich Meldenden geht alsbald ein Brief mit Zahlkarte über 2-3 Mark zu. Sie erhalten dafür ein Buch mit Ratsschlägen, oder mit Anzeigen, in denen Heimarbeit angeboten wird. Heimarbeit erhalten sie aber nicht. Es ist nur darauf abgesehen, armen Arbeitslosen ihre letzten Mittel aus der Tasche zu ziehen. Da sich diese Schwindelanzeigen in letzter Zeit wieder sehr häufen, wird eindringlich vor ihnen gewarnt.

Aus den Vororten

Darlanden

Verkehrsschmerzen. In der letzten Büraussschüttung wurde bei der Beratung über die Beschaffung von Poststandsarbeiten u. a. auch die Ueberführung der Marzabahn und Darlstraße besprochen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Stadtmagister Siegrist etwas ans Tageslicht gebracht, das er uns als Oberbürgermeister bei der Besprechung über die Eingemeindung vorzulegen hat. Er hat in dieser Sitzung erklärt, daß er schon im Jahre 1908 mit der Generaldirektion wegen der Ueberführung der Straßenbahn verhandelt und daraus ersehen habe, wie schwierig es wäre, zu einer Verständigung zu kommen. Wenn Herr Siegrist dies uns damals schon gesagt hätte, so hätten wir bei den Eingemeindungsbestimmungen anders gehandelt. Man hat also dort schon gemerkt, wie schwierig es wird, bis man die Straßenbahn nach Darlanden zur Durchführung bringen kann. Aber trotzdem hat man uns feierlich versprochen, daß die Straßenbahn nach Darlanden sobald als möglich zur Durchführung kommen werde. Der Begriff „alsbald“ oder „balddmöglich“ kann bei einer Stadtverwaltung unter Umständen 20 Jahre dauern. Wir wollen der jetzigen Stadtverwaltung keinen Vorwurf machen, wenn sie die restlichen 3 Jahre, die noch an den 20 Jahren fehlen, bis unser Wunsch in Erfüllung geht, dazu be-

nützt, daß sie die längst schon geplante Weiche bei der Gartenstadt Grünwinkel „sobald als möglich“ einbaut. Es ist uns unverständlich, daß man es nicht einseht, daß bei Nachlassen der Arbeitslosigkeit der Verkehr nach Darlanden nicht mehr bewältigt werden kann. Der Zustand ist doch jetzt schon so, daß es auf die Dauer nimmer so weitergehen kann. In den Hauptverkehrszeiten stauen sich oft die Bahrgäste, jedoch es nicht einmal mehr möglich ist, daß der Schaffner seinen Dienst versehen kann. Es gibt boshafte Leute in Darlanden, welche glauben, daß die Stadt weniger Interesse an der Beförderung der Bahrgäste habe als an der Rentabilität der Linie selbst. Es scheint, daß man auch schon die Frage aufgeworfen hat, ob sich eine zweite Linie nach Darlanden rentiert. Von diesem Gesichtspunkt aus lassen wir uns aber nicht behandeln, wir verlangen, daß der Verkehr in den Hauptzeiten bewältigt werden kann. Zur Erläuterung, daß unser Verlangen berechtigt ist, wollen wir nur einige Beispiele anführen. Es gibt Arbeiter, die in der Nähe des Friedhofes, in Durlach oder in den Weiberädem beschäftigt sind und diese Leute haben mit Rücksicht auf andere Bahrgäste sich bis zum „Kühlen Kraus“ mit einem Stechloß benützt, dort mußten sie 20 Minuten bei Schnee und Regen warten, bis endlich ein Wagen kommt. Aber einen Stechloß erhalten sie wieder nicht. Bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen kommt es oft vor, daß Arbeiter von und zu der Arbeitsstätte volle drei Stunden unterwegs sind. Die vorstehenden Ausführungen sind nicht übertrieben und können täglich beobachtet werden. Wenn angeht dieser Tatsachen das Zutreten zu den Behörden schwindet, ist es nicht mehr verwunderlich.

Karlsruher Polizeibericht vom 27. Januar

Zusammenfasse. Gestern vormittag wurde eine in der Karlsruher fahrende Kleinstraßenbahn von einer Großstraßenbahn angefahren und stark beschädigt. Am gleichen Tag fuhr Ede Weidens- und Gerwigstraße ein Motorradfahrer einem Lieferungsstraßenwagen in die Seite, wodurch der Motorradfahrer vom Rad fiel und sich eine Verletzung des rechten Handgelenks und eine Hautschürfung am rechten Knie zuzog. Am Kaiserplatz stieß ein Motorradfahrer mit einem 15 Jahre alten Radfahrer, der zu Fall gekommen war, zusammen. Der Motorradfahrer, der hinter dem Radfahrer fuhr, konnte sein Motorrad, das er plötzlich abbremsen wollte, infolge des schlüpfrigen Bodens nicht mehr rechtzeitig anhalten und stieß auf den am Boden liegenden Radfahrer. Der Motorradfahrer trug eine Prellung beim Zusammenstoß davon.

Wasserstand des Rheins
Waldshut 197, aef. 3; Schuttermil 80, aef. 3; Rehl 202, aef. 6; Maxau 381; Mannheim 258 3/4m.

Briefkasten der Redaktion

S. B., Wöfingen. Um in den Genuß der Weihnachtsbeihilfe vom Reich zu kommen, ist nicht notwendig, daß der Erwerbslose 26 Wochen ununterbrochen arbeitslos war. Er muß am 18. Dezember mindestens 26 Wochen arbeitslos gewesen sein und Unterstützung bezogen haben. Da bei Ihnen dies zutreffen dürfte, hätten Sie also Anspruch auf Reichs- und Landesbeihilfe. Erheben Sie sofort Beschwerde beim Verwaltungsamt ausüß des Arbeitsamts Bruchsal.

Atlantik-Lichtspiele
Kaiserstr. 5 (am Darmbacher Tor) Teleph. 5448

Ab heute!
Dr. Mabuse, der Spieler

nach dem Roman von Norbert Jacques
Manuskript: Thea von Harbou. Regie: Fritz Lang.
In den Hauptrollen: Rudolf Klein-Rogge (in 15 verblüffenden Masken), Aud Egede Nissen, Gertrude Welker, Alfred Abel, Bernhard Goetzke, Paul Richter, Georg John, Karl Huszar usw.
Der Welt-Filmstar, der dem Künstlerpaar Thea von Harbou und Fritz Lang den Weg zu den „Nibelungen“ und letzter „Metropolis“ reebnet hat.
10 Akte
Neue Kopie

Im Beiprogramm die grosse Ueberraschung:
1000 Schritte Charleston
Ein amüsantes Film-Tanzbrevier, ausgeführt von Ivette und Robert, dem mondänen Tanzpaar vom Eden-Pavillon in Berlin. 1299

Beginn der Vorstellungen
täglich um 4, 7 und 9 Uhr

Badische Landeselektrizitäts-Versorgung A.-G. (Badenwerk)
liefert jährlich 150 Millionen Kilowatt-Stunden
an 68.000 Kleinabnehmer und 630 Großabnehmer

Hauptverwaltung: **Karlsruhe i. B., Hebelstrasse 2-4**, Telefon 6540/46. Betriebsbüros: in Forbach (Betriebsleitung des Murg-Schwarzenbachwerkes), in Sinsheim, Stockach und Tauberbischofsheim

Trinkt mehr Milch
Milchverbrauch und Volksgesundheit stehen in engem Zusammenhang
Milchzentrale Baden-Baden G.m.b.H.
Baden-Baden

Beste u. billigste Bezugsquelle für **Möbel, Polsterwaren u. Dekorationen** jeder Art
Blum & Lewin, Baden-Baden
Möbelvertrieb G. m. b. H.
Langestraße 53, gegenüber dem Sängershaus Aurelia
Kein Laden
Versand gegen bequeme Teilzahlung auch nach Auswärts franko

Färberei Thomas / B.-Baden
färbt / reinigt alles
schnell / erstklassig / billig
Expres-Büglerei * Bügel „FIX“
nach amerikanischem System

Schnittwaren empfohlen
Sägewerke B. - Baden
G. m. b. H.
B. - Baden - Geroldsau.
— Fernruf 268. —
aller Art für Bau- und Schreinerzwecke

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren
in Kleiderstoffen, Modewaren, Wäsche, Schürzen, Strümpfe usw.
Gera-Gräizer-Kleiderstoff-Geschäft
32 Eichenlaler-Strasse 32
Baden-Baden

Tag und Nacht betriebsbereit

sind
automatische
Prileg-Fernsprech-Anlagen
angeführt durch
Badische Telefon-Gesellschaft
m. b. H.
Karlsruhe, Gartenstr. 4
Fernsprecher 4982.

Spare!
Städt. Sparkasse
Gaggenau
Verwaltung von Spar- u. Giroeinlagen
Darlehen auf gesicherter Grundlage zu günstigsten Bedingungen. Beratung in allen einschlägigen Fragen erfolgt kostenlos an unseren Schaltern.

Murgtalbrauerei A.-G.
vorm. A. Degler
GAGGENAU

Das gute Degler-Bier

Wegen Aufgabe der Serien-Fabrikation
KÜCHEN
weiss lackiert
Billet 150 breit, Kredenz, Tisch, Stuhl, Hocker Mk. 213.-, Billet 110 breit, Kredenz, Tisch, Stuhl, Hocker, Mk. 170.-
Auf Wunsch Teilzahlung!
Markstahler & Barth
KARLSRUHE, Karlstrasse 67

